

Stark im Norden!

Die SPD Schleswig-Holstein 2007-2009
Bericht für den ordentlichen
Landesparteitag am
21. und 22. März 2009 in Elmshorn

www.spd-sh.de



GUSTAV-HEINEMANN-BILDUNGSSTÄTTE

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. Bad Malente

Seminare 2009

Januar
7.-17.1. Politisch-historische Winterakademie
7.-17.1. Winterakademie Schreibwerkstatt
19.-23.1. Die USA nach der Präsidentenwahl
26.-30.1. Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945
26.-30.1. Die globale Finanzkrise

Februar
9.-13.2. Ist der Sozialstaat noch gerecht?
9.-13.2. Skandinavien im Zweiten Weltkrieg
23.-27.2. Die SPD – auch in Zukunft „Partei der kleinen Leute?“
23.-27.2. Sekten und Esoterik in Deutschland
27.2.-1.3. Nationenbildung und Zerfall: Afghanistan und Pakistan
27.2.-1.3. Zugang finden und Menschen erreichen – Kommunikation für erfolgreiches Engagement

März
9.-12.3. Afrika – armer, alter Kontinent
23.-27.3. Neuer (?) Rechtsextremismus
– Wie kann sich die Demokratie wehren?
27.-29.3. Deutsch-dänische Geschichte im „Virtuellen Museum“
27.-29.3. Der Nationalsozialismus in der Literatur von heute

April
17.-19.4. Die sozial-liberale Koalition 1969–1982
20.-24.4. Krisenherde in der islamischen Welt
– Nahost, Iran, Irak, Afghanistan

Mai
4.-8.5. „Ertartete Kunst“ und künstlerischer Widerstand
11.-15.5. Vom Rand ins Rampenlicht: Finnland heute
11.-15.5. Vorbilder oder Zickenalarm?
Frauen in Literatur, Musik und Kunst
18.-22.5. Wirtschaft und Ökologie Ostholsteins im Wandel
– Erkundungen auf dem Fahrrad
25.-29.5. Was bleibt vom Grundgesetz?
29.5.-7.6. Liebesgeschichten schreiben: Schreibwerkstatt
29.5.-7.6. Wege zur Malerei: Pfingst-Malwerkstatt

Juni
8.-12.6. Sport, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
8.-12.6. Können Wahlen etwas verändern?
12.-14.6. Energiesicherheit mit Atomkraft und Kohle?
12.-14.6. Putins Russland
15.-19.6. Sterben und Tod in der modernen Gesellschaft:
19.-21.6. Ostholstein: Ein Streifzug durch seine Geschichte
19.-21.6. „Feder spitzen, fertig – los!“ Journalistisches
Schreibtraining für Schülerzeitungsredakteure
22.-26.6. Indien, widersprüchliche Weltmacht
26.-28.6. Wir Europäer – „von Dämonen geplagte Wesen“
– Zur Aktualität Alexander von Humboldts
26.-28.6. Brasilien: Eine politisch-kulturelle Landeskunde

Juli
13.-17.7. Die Europäische Union
zwischen Erweiterung, Vertiefung und Umstern
20.-30.7. Sommerakademie Ideengeschichte
20.-30.7. Sommerwerkstatt Kreatives Schreiben
31.7.-10.8. Sommerakademie Ostasien–
31.7.-10.8. Sommerwerkstatt Malen und Holzschnitt

August
11.-21.8. Sommerwerkstatt Malen und Zeichnen
11.-16.8. Aspekte der europäischen Musikgeschichte
– Sommerakademie Musik und Politik

September
4.-6.9. Die Ukraine vor den Toren der EU
7.-11.9. 60 Jahre NATO – Bündnis am Scheideweg
7.-11.9. Steigende Lebenserwartung: Chancen und Herausforderung für die Gesellschaft
18.-20.9. Einheitsdrang und Spaltungen in der Linken
21.-25.9. Politische Skandale und Affären in Deutschland
25.-27.9. Globalisierung – Chancen und Risiken
25.-27.9. Heinrich Heine – politischer Dichter, Lyriker, Jude
28.9.-2.10. Film im Kampf gegen Faschismus und Krieg

Oktober
9.-11.10. Das Ziel vor Augen – Persönliche Organisation und ergebnisorientiertes Handeln
12.-16.10. Unsere eigene Geschichte: Die siebziger Jahre
19.-23.10. Rhetorik-Grundkurs / Wochenseminar
25.-27.10. Rhetorik-Grundkurs /Wochenend-Seminar
26.-30.10. Italien kennen lernen
26.-30.10. Als Fremder in Deutschland
30.10.–1.11. Was liegt hinter der Malerei der Romantik?

November
6.-8.11. Klimaschutz: Was kommt nach Kyoto?
9.-13.11. Zwischen Konkurrenz und Kooperation: Schleswig-Holstein und Hamburg
9.-13.11. Spanien und Portugal kennen lernen
13.-15.11. Das Godesberger Programm und die SPD
13.-15.11. Rhetorik-Grundkurs /Wochenend-Seminar
16.-20.11. Krisenherd Kaukasus
20.-22.11. Norddeutschland in der Gegenwartsliteratur
23.-27.11. Jugendwahn und Schönheitsideal
27.-29.11. Denk mal! Denkmäler und Gedenkkultur
30.11.-4.12. Von der doppelten Staatsgründung zum Mauerfall

Dezember
4.-6.12. China: Drache auf löthernen Füßen?
4.-6.12. Hannah Arendt und die Dichtung
14.-18.12. Kunst in der DDR

Unsere Wochenseminare sind förderungswürdig im Sinne der der Bildungsfreistellungs-Gesetze der Länder.

Wenn Sie unser ausführliches Programmheft beziehen oder sich zu einem Seminar anmelden möchten, rufen Sie uns an, schreiben oder faxen Sie uns.

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Schweizer Str. 58 • 23714 Bad Malente-Gremsmühlen
Telefon 04523 / 88 09 70 • Fax: 04523 / 8 80 97 28
info@heinemann-bildungsstaette.de

INHALT

„Am Mute hängt der Erfolg“	4
Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Ralf Stegner	
Kurzberichte der Landesvorstandsmitglieder	6
Die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation	10
„Nach dem Wahlkampf ist vor den Wahlkämpfen“ von Christian Kröning, Landesgeschäftsführer	
Innerparteiliche Bildungsarbeit von Elfriede Marx	13
Planmäßige Konsolidierung, Solidarität und Handlungsfähigkeit	15
Finanzbericht 2007-2009 von Jörg Wenghöfer, Landesschatzmeister	
Die Arbeit des Landesparteirates	16
Bericht der Revisionskommission	17
Bericht der Landesschiedskommission	18
Parteitage	
Ordentlicher Landesparteitag 24. und 25. März 2007, Holstenhallen NMS	19
Außerordentlicher Landesparteitag 12. September 2007, Stadtwerke Kiel	20
Außerordentlicher Landesparteitag, 13. September 2008, Lübeck MUK	20
Foren, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften	
EuropaForum	21
AfA	21
AG 60plus	22
AfB	23
AsF	23
ASG	24
AsJ	25
AGS	25
Jungsozialisten	26
Schwusos	26
SPD & Kirchen	27
SGK	28
umWeltforum	28
Forum Familie	29
AK Migration	30
Die Arbeit der SPD-Fraktion im Landtag	31
Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten	34
Die Arbeit im Europäischen Parlament	41

Am Mute hängt der Erfolg

Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Dr. Ralf Stegner

„Dass soziale Gerechtigkeit kein Postulat aus vergangener Zeit ist, weiß man in Kiel vielleicht noch besser als anderswo. Ich hoffe auch, dass ein so wacher Landesverband versteht, dass innere Sicherheit und äußere Sicherheit heute ganz anderes verlangen als im 20. Jahrhundert.“

Erhard Eppler, Vorwärts, September 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Landesparteitag 2007 habt ihr einen relativ jungen Landesvorstand mit sehr guten Wahlergebnissen ausgestattet. Das haben wir als Verpflichtung und Ansporn verstanden. Wir sind sehr schnell zu einem, wie ich finde, starken Team zusammengewachsen, haben ein hohes Engagement gezeigt, vieles Neues gewagt – und wir haben Spaß an der gemeinsamen politischen Arbeit. In diesem Vorstand gibt es klare Zuständigkeiten. Jedes Vorstandsmitglied übernimmt alleine oder in kleineren Gruppen die Verantwortung für Politikfelder und Projekte. Ich glaube, dass dieser Führungs- und Arbeitsstil unsere Arbeit erleichtert hat und die vielen neuen Vorhaben, die im Anschluss (S. 6) kurz bilanziert sind, ermöglicht hat. Ich freue mich, dass alle bisherigen Vorstandsmitglieder auch für die Neuwahl auf dem Parteitag im März 2009 wieder kandidieren (nur Maike Rohwer scheidet aus privaten Gründen aus). Damit steht ein starkes und eingespieltes Team bereit, die Landespartei in die vor uns liegenden drei großen Wahlkämpfe zu führen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit im Vorstand und möchte dabei meine Stellvertreter Bettina Hagedorn und Andreas Breitner besonders ansprechen: Beide haben sich als echte stellvertretende Landesvorsitzende erwiesen, gerade auch in den schwierigen Momenten der Amtszeit.

Die zurückliegenden zwei Jahre waren schwierige Jahre für die Sozialdemokratie in Deutschland. Insbesondere das erste Halbjahr 2008 war überschattet von Diskussionen über unser Verhältnis zur Linkspartei, vom medialen Dauerbeschuss auf Kurt Beck und dem Trouble in der hessischen SPD. Diese Großwetterlage hat auch unsere Kommunalwahl im März 2008 regelrecht verhagelt. Wir hatten uns viel vorgenommen im Wahlkampf. Aber dass sich unsere schon bescheidene Erwartung auf vier bis fünf Prozent Zuwachs nicht erfüllt hat, sondern wir noch einmal 2,8%-Punkte verloren haben, ist ein bitteres Ergebnis. Bitter vor allem für unsere Genossinnen



Foto: Olaf Bathke

und Genossen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden, die landauf, landab einen wirklich starken Wahlkampf gekämpft haben. Allerdings gab es auch einige Lichtblicke: Jutta Hartwig ist die erste Landrätin in Schleswig-Holstein, in Kiel und Lübeck sind wir trotz der Verluste wieder stärkste Partei und haben hier und in vielen anderen Orten jetzt wieder kommunalpolitische Gestaltungsspielräume. Die CDU ist mit einem Minus von 12,2%-Punkten abgestürzt und hat ihre flächendeckenden absoluten Mehrheiten verloren. Ich habe mich gefreut, dass sich die SPD in Schleswig-Holstein in der Verarbeitung des enttäuschenden Wahlergebnisses als eine echt solidarische Partei erwiesen hat. Wir haben auf einer großen Parteikonferenz gemeinsam analysiert und Schlussfolgerungen gezogen und gehen gemeinsam die kommenden Herausforderungen an.

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf. Vor uns liegen in diesem Jahr die Europawahl, die Bundestagswahl und die Landtagswahl im Mai 2010. Wir sind uns einig im Profil: Wir sind die linke Volkspartei im Lande, im Zentrum unserer Politik steht soziale Gerechtigkeit als Maßstab und Kompass. Darunter verstehen wir gute Arbeit und Mindestlöhne, Aufstieg durch Bildung mit Gemeinschaftsschulen und ohne Studiengebühren, eine starke Politik für Familien und Kindern mit gebührenfreien Kitas und eine Klimaschutz- und Energiepolitik ohne Atomkraft. Wir wissen, dass wir damit gegen mächtige Interessen im Lande stehen und werden für diese Politik zugespitzt und engagiert kämpfen. Wir müssen für unsere Politik mobilisieren, denn bei einer Wahlbeteiligung wie bei der Kommunalwahl von unter 50% und 40% in den Großstädten wären wir chancenlos. Eine hohe

Wahlbeteiligung, insbesondere der unentschiedenen früheren SPD-Wähler/innen in den Großstädten und im Hamburger Umland ist für uns der Schlüssel zum Erfolg. Wir müssen mit unseren Themen und mit unserem Politikstil Glaubwürdigkeit und neues Vertrauen gewinnen.

Wir haben dafür in der Amtszeit dieses Vorstandes Grundlagen gelegt, die sich auszahlen werden. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist noch enger geworden, wir konnten dabei auf das aufbauen, was Claus Möller in den Jahren davor geleistet hat. Wir haben bei unseren Schwerpunkten erfolgreich politische Konsequenz unter Beweis gestellt, so bei der Schülerbeförderung, bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen, beim Stufenplan für die Beitragsfreiheit aller drei Kita-Jahre, bei der Ablehnung von Studiengebühren oder beim Widerstand gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein. Unsere Alternativen sind klar, entsprechend heftig waren die Konflikte mit der Union. Die CDU ist in Schleswig-Holstein nach wie vor eine besonders stock-konservative Partei.

Daraus folgt: Neue Mehrheiten braucht das Land. Darum geht es 2010 bei der Landtagswahl.

Der Landesvorstand hat in den vergangenen zwei Jahren einige neue und wirklich gute Impulse gesetzt: Dazu zählen zum Beispiel der „Familiensommer“ in Trappenkamp, zu dem im letzten Jahr über 3.000 Eltern und Kinder kamen, die „Denkfabrik Schleswig-Holstein“, die bisher zu zwei Tagungen zusammen gekommen ist, dazu zählen die Aktivitäten im Themenfeld Migrationspolitik, die aktiv-engagierten Initiativen in der Energiepolitik oder die Gründung einer „Akademie für Soziale Demokratie“ in Schleswig-Holstein, unter deren Dach wir alle Aktivitäten unserer seit über 20 Jahren außerordentlich guten innerparteilichen Bildungsarbeit fortsetzen.

Das Traurigste der vergangenen zwei Jahre war im Sommer 2008 der Tod von Willi Piecyk, unserem langjährigen und überaus beliebten früheren Landesvorsitzenden. Für Willi musste das Politische menschlich sein – unabdingbar. Er war absolut uneitel, ein Mensch von ungeheurer politischer Bescheidenheit. Er hasste alles Dogmatische, alles Starre und Unaufrichtige. Und so hat Willi unsere Partei in Schleswig-Holstein mehr geprägt, als vielen bewusst ist. Er fehlt uns sehr.

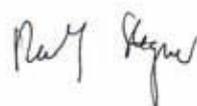
Zur Identität unseres Landesverbandes gehört seit jeher, dass wir politisch über den Tellerrand und unsere Grenzen hinaus blicken. Wir drängen darauf, dass der Staat handlungsfähig bleibt und nicht dem Marktradikalismus, der politischen Pest unserer Zeit, geopfert wird. Es geht im Kern darum, „dass

der Akteur des Gemeinwohls tun kann, was seine Aufgabe ist. Er muss für innere Sicherheit sorgen, also der Privatisierung der Gewalt entgegentreten. Er muss in der Lage sein, seine Gesetze vom Papier in die Wirklichkeit zu übertragen, er muss den Märkten einen verbindlichen Rahmen setzen, genauer: einen sozialen und einen ökologischen. Und er muss für sozialen Ausgleich sorgen.“ Das waren die Worte von Erhard Eppler auf unserem Landesparteitag im September 2007. Ein Antrag unseres Landesverbandes zum „handlungsfähigen Staat“ war der Beitrag der Nord-SPD zum Hamburger Grundsatzprogramm der Gesamtpartei. Die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur zu bewältigen, wenn wir in diese Richtung weiter denken und handeln. Wir sind dazu entschlossen und bei der Abwehr der drohenden großen Wirtschaftskrise, werden wir in Schleswig-Holstein in den nächsten Monaten in Schleswig-Holstein die treibende Kraft sein, wenn es an die schnelle Umsetzung des kommunalen Investitionsprogramms geht, mit dem sich die SPD im Bund durchgesetzt hat.

Der Landesparteitag hat mich am 13. September 2008 mit über 90% zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2010 gewählt. Ich möchte diesen Bericht nutzen, um mich bei euch noch einmal für das große Vertrauen bedanken, dass in diesem Wahlergebnis zum Ausdruck gekommen ist. Ich weiß: Die nächsten Wahlkämpfe werden keine leichten sein – der Landtagswahlkampf schon gar nicht. Das schwarz-gelbe Lager wird sich im Verbund mit mächtigen Interessen gegen uns stellen. Wir kennen das, es schreckt uns nicht. Wir werden weiter solidarisch zusammenstehen, weiter über den tagespolitischen Horizont hinaus denken, weiter entschlossen und konsequent unsere Programmatik vertreten und dafür kämpfen.

In diesem Zusammenhang hat mich persönlich eine Passage aus Barack Obamas Nominierungsrede Ende August in Denver besonders beeindruckt: „This election is not about me, it's about you.“ Es sind die Wählerinnen und Wähler, die in der Demokratie der Souverän sind und durch ihre Wahl eine bestimmte Politik zum Durchbruch und zum Erfolg verhelfen können. Aufgabe der Politikerinnen und Politiker ist es, ihre Vorstellungen für die Zukunft, ihre Ziele und Alternativen so klar und konsequent wie irgend möglich zu vertreten. Von diesem neuen Politikstil können wir lernen, verloren gegangene Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Demokratie zurück zu gewinnen. Gemeinsam können wir Schleswig-Holstein in eine Zukunft führen, die Erneuerung und Gerechtigkeit verbindet.

In diesem Sinne: Am Mute hängt der Erfolg!



Der Landesvorstand 2007 bis 2009

Wolfgang Baasch

Die Sozialpolitik ist das Herz sozialdemokratischen Handelns!

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik und der Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn gehören unverzichtbar dazu. Im Landesvorstand habe ich diese Themen eingebracht und im Frühjahr 2008 eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Mindestlohn“ mit einer großen Auftaktveranstaltung in Neumünster organisiert. Für das Frühjahr 2009 ist eine erneute Veranstaltungsreihe unter der Überschrift „Gute Arbeit“ in der Planung. Mit dieser Veranstaltungsreihe soll auf das Ziel hingewiesen werden, dass Gerechter Lohn und Gute Arbeitsbedingungen zusammengehören. Der Auftakt für diese Veranstaltungsserie wird am 4. April 2009 in Lübeck sein.

Ich habe im Gewerkschaftsrat der Landespartei mitgearbeitet.

Das Zusammenwirken von Organisationen aus dem sozialdemokratischen Spektrum haben wir mit einer gemeinsamen Klausurtagung von SPD-SH und Arbeiterwohlfahrt SH aufgegriffen. In dieser Tagung wurde eine weitere intensivere Zusammenarbeit verabredet zu Themen wie „Bekämpfung der Kinderarmut“ und „Entwicklung im SGB II“. Des Weiteren habe ich eine Konferenz unter dem Thema „Armut in einem reichen Land!“ für den SPD-Landesvorstand organisiert, die in Rendsburg stattgefunden hat. Zu dieser Veranstaltung waren alle Wohlfahrtsverbände sowie viele Initiativen aus dem sozialen Bereich eingeladen.

Stefan Bolln

Umwelt, Energie und Klimaschutz sind in der SPD gut aufgehoben. Drei große Veranstaltungen in diesem Bereich auf Landesebene und sechs kleinere haben meine Arbeit maßgeblich beeinflusst. Neben der Pflege der daraus resultierenden Kontakte und Korrespondenzen habe ich für den Landesvorstand als umweltpolitischer Sprecher die Beratungen für unsere Energieleitlinien und die Leitlinien für den Ländlichen Raum geleitet. Zusammen mit der Landtagsfraktion habe ich auch den „10-Punkte-Plan Klimaschutz“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mein Anliegen war und wird bleiben, die verschiedenen Ebenen in meine Arbeit mit einzubeziehen. Die Arbeits-

gruppen „Ländliche Räume“ und „Nachhaltig Energiewirtschaft“ wurden von mir mit ins Leben gerufen und im umWeltforum integriert. Als Ansprechpartner für Umwelt-, Klima- und Energiepolitik wurde ich von vielen Mitgliedern direkt angefragt und konnte helfen. Die Klimaschutzkampagne mit dem Al Gore-Film „Eine unbequeme Wahrheit“ und den vielen regionalen und kommunalen Klimaschutzkonzepten zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Begleitung der Beratungen um das Waldgesetz, Kormoranverordnung, Moorschutz, Grüne Gentechnik und weiteren Themen des Natur- und Umweltschutzes zeigen aber auch, dass wir noch viel Arbeit haben.

Mit allen Kreisverbänden, besonders mit dem Kreisverbänden Pinneberg und Steinburg, sowie mit den Jusos und der AfA herrschte ein reger Austausch. Am intensivsten war die Arbeit im umWeltforum. Über die Lenkungsgruppe des umWeltforums funktioniert die Kommunikation u.a. zum Bund für Umwelt- und Naturschutz.

Als Mitglied der IG BAU freue ich mich über jeden Dialog mit den Gewerkschaften, der für uns existentiell ist. Für den Landesvorstand beteilige ich mich am Nachhaltigkeitsforum der Bundes-SPD und zukünftig an den Energiegesprächen mit Sigmar Gabriel.

Dass Ökologie und Ökonomie zusammengehören, erkennt man daran, dass über 1,8 Mio. Bürgerinnen und Bürger im grünen Bereich Arbeit finden. Leider ist das bis heute, wie in den Konjunkturpaketen ersichtlich, nicht jedem bewusst. Viele Entscheidungen sind noch nicht dem Nachhaltigkeitsprinzip zuzuordnen. Für die Zukunft wird von uns noch viel Arbeit geleistet werden müssen. Biodiversität ist ein wichtiges Thema für unser Land, welches zukünftig touristisch profitieren soll. Untrennbar sind für mich die Bereiche Westküste, zukünftige Herausforderungen des Klimawandels an der Westküste und Tourismus. Deswegen möchte ich mich dieser Region vermehrt widmen. Für das Lebensland Schleswig-Holstein habe ich gerne im Landesvorstand gearbeitet!

Serpil Midyatli

Seit meiner Wahl im März 2007 in den Landesvorstand habe ich den Arbeitskreis „Migration, Integration und Flüchtlinge“ reaktiviert (siehe Bericht S. 30).

Außerdem habe ich für den Landesvorstand an den AsF-Landesvorstandssitzungen teilgenommen und bei der AsF mitgearbeitet.

Eine meiner neuen Aufgaben war es auch an den Sitzungen des Sprecher/innen-Kreises „SPD und Kirchen“ für den Landesvorstand teilzunehmen. Zusätzlich habe ich den Landesverband auf Veranstaltungen des Europaforums vertreten, zu denen ich als Referentin eingeladen wurde.

Birte Pauls

Die dänische Minderheit - mit all ihren Gruppierungen wie Kindergärten, Schulen, Gesundheitsdienst, Sportvereinen, Seniorenbetreuung, Kulturverein, SSW, Kirche und anderen Einrichtungen - mag im Süden unseres Landes keine große Rolle spielen. So ist sie aber besonders in den Kreisen Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Nordfriesland und in Flensburg ein fester, selbstverständlicher und bereichernder Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Die Kontakte zur Minderheit und der regelmäßige Austausch fördern das Verständnis füreinander und damit auch das gemeinsame Arbeiten für die Region.

Da ich selbst bei der dänischen Minderheit im Gesundheitsdienst arbeite, ist dieser Kontakt für mich nicht nur politisch eine Selbstverständlichkeit. Die anderen nationalen Minderheiten unseres Landes sind natürlich nicht zu vergessen. Unsere sozialdemokratische Minderheitenpolitik in die eine Richtung sowie die Interessen der Minderheiten in die andere Richtung zu transportieren gehört für mich zur Aufgabe. Zur Arbeit für die Region gehört aber auch der Kontakt zu unseren nördlichen Nachbarn.

Meine Teilnahme an den regelmäßigen Treffen mit den dänischen Sozialdemokraten, (die vom AK Europa der Landtagsfraktion organisiert werden) sowie die Teilnahme an vielen Veranstaltungen von Partei, Gewerkschaften, IHK, Infocentern und anderen Institutionen nördlich und südlich der Grenze, die sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschäftigen, ist u.a. ein fester Bestandteil meiner Arbeit für den Landesvorstand (hier besonders die Arbeitnehmerfragen und das Gesundheitswesen).

Maike Rohwer

Mein Arbeitsschwerpunkt lag mitten in Europa: Als Vorsitzende des Europaforums habe ich mit meinen dortigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die (Partei-)Öffentlichkeit mit Informationen über die sozialdemokratischen Positionen zu Europa versorgt. Dabei haben wir so vielfältige Themenbereiche wie den Verfassungsprozess, die Rolle Russlands oder die Meerespolitik bewegt. Im Rahmen der Vorbereitung des Europa-Parteitages im Herbst war ich vor allem im Sommer 2008 auf vielen Kreisparteitagen, um Europa-Begeisterung zu wecken. Gemeinsam mit Willi Piecyk habe ich die Wahlkampfplattform für den Parteitag im Herbst wesentlich formuliert.

Mein zweiter Schwerpunkt waren Steuern und Finanzen. Durch mein berufliches Wissen als Steuerberaterin konnte ich in vielen Diskussionen fachliche Hinweise geben und steuerpolitische Aspekte in Anträge einbringen. Dabei habe ich insbesondere den Prozess der Reform der Erbschaftsteuer begleitet: Das zähe Ringen um die Steuerfreistellung von selbst genutzten Eigenheimen oder die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Betriebsübergängen zog sich über mehrere Jahre hin.

Als Kreisbetreuerin für die Kreise Neumünster und Plön habe ich dort fast alle Parteitage besucht und an zahlreichen Kreisvorstandssitzungen teilgenommen. Dort war ich Bindeglied zwischen Landesvorstand und diesen Kreisen und habe Infos und Ideen mitgebracht und mitgenommen.

Jörn Thießen

Bildungsarbeit der SPD-SH
Die Bildungsarbeit der SPD wird seit vielen Jahren erfolgreich von einer sehr engagierten Gruppe von Teamerinnen und Teamern getragen und gestaltet. Es ist ein Anliegen des Landesvorstandes, diese Arbeit auf die Zukunft auszurichten und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Die Gruppe der Verantwortlichen hat die bisherigen Angebote bewertet und neu geordnet. Geplant ist die Einrichtung einer – zunächst virtuellen – „Akademie für Soziale Demokratie“ in Schleswig-Holstein, deren Aufgabe die Ausbildung neuer Teamerinnen und Teamer ist. Das dazu gehörige Ausbildungsprogramm wurde bereits ausgeschrieben. Die Kreise werden im ersten Quartal 2009 zur Benennung von Bewerberinnen

und Bewerbern für die Teilnahme am ersten neuen Kurs aufgefordert. Bisher ist geplant, dazu pro Kreis einen Platz zur Verfügung zu stellen.

Denkfabrik

Die Denkfabrik wurde neu gegründet. An der ersten Veranstaltung nahmen Kurt Beck und Björn Engholm teil. Mitglieder der Denkfabrik kommen aus vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Schleswig-Holsteins. Sie haben sich bisher mit der Motivation zu politischem Handeln, dem Spektrum des „Gemeinnutzes“ und der Krise staatlicher Versorgungssysteme beschäftigt. Themen 2009 werden die Klagewelle gegen Bescheide der Sozialgerichte sein und die Wirtschafts- und Verkehrspolitik Schleswig-Holsteins. Zu beiden Themen sind öffentliche Fachtagungen geplant.

Verkehrspolitik

Nach Auftrag des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion hat sich eine Gruppe gebildet, die sich mit der zukünftigen Verkehrspolitik der SPD beschäftigt. Sie wird im März 2009 erste Ergebnisse vorlegen.

Bürgerforen

Es haben im Berichtszeitraum rund 40 Bürgerforen stattgefunden. Im Zuge der anstehenden Wahlkämpfe stellen sie ein gutes Instrument dar, insbesondere Menschen anzusprechen, die der SPD nicht unmittelbar nahe stehen und für unsere Anliegen zu gewinnen sind.

Gesa Tralau

Im März 2007 wurde ich als Beisitzerin in den SPD-Landesvorstand gewählt.

Zu meinem Tätigkeitsbereich gehört der Bereich Familienpolitik. In meiner Funktion habe ich 2008 das Forum Familie der SPD Schleswig-Holstein reaktiviert, siehe auch den Bericht zum Forum Familie (S. 29). In Zusammenarbeit mit dem Forum Familie und dem SPD-Landesverband habe ich hauptverantwortlich den mittlerweile jährlich stattfindenden SPD-Familienommer geplant, organisiert und durchgeführt. Zurzeit laufen bereits die Planungen für den Familienommer 2009.

Ich habe an allen Sitzungen des Landesvorstandes (Ausnahmen mit Entschuldigung) teilgenommen. Darüber hinaus habe ich an sehr vielen Veranstaltungen des Landesvorstandes teilgenommen.

Ich war Mitglied der Projektgruppe „Kita-Finanzierung“.

Des Weiteren habe ich an fast allen Sitzungen des Landespartei Rates und als Gast bei den Bundesparteitagen teilgenommen.

Ich habe an zahlreichen Sitzungen der AsF teilgenommen und war darüber hinaus als Mitglied des Landesverbandes Gast bei diversen Kreisparteitagen.

Foto: Der frisch gewählte Landesvorstand auf dem Parteitag in Neumünster 2007



Die Messe Husum bekommt Zuwachs!



Modern und multifunktional: Das neue Kongresszentrum kommt!

Schon bald stehen Ihnen zum Präsentieren, Tagen, Feiern und Aufführen große, repräsentative Räumlichkeiten zur Verfügung. Denn im September 2010 öffnet rechtzeitig zur HUSUM Wind-Energy das neue Kongresszentrum Husum seine Pforten. Neben lichtdurchfluteten Empfangs- und Ausstellungsflächen bietet das Kongresszentrum in direkter Nachbarschaft zur Messe Husum

auf mehr als 4.500 Quadratmetern eine Multifunktionsbühne mit modernster Bühnentechnik sowie zahlreiche Seminarräume. Wir, die Messe Husum, unterstützen Sie bei der Planung und Durchführung Ihrer Tagung, Ihres Parteitages, Ihrer Produktpäsentation oder was auch immer Sie sich ausdenken. Informieren Sie sich jetzt über die vielfältigen Möglichkeiten im neuen Kongresszentrum Husum.



Nach dem Wahlkampf ist vor den Wahlkämpfen

Bericht zur Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation von Christian Kröning, Landesgeschäftsführer



1.300 neue Mitglieder

Die erfreuliche Nachricht zuerst: in den vergangenen beiden Jahren haben wir insgesamt 1360 neue Mitglieder gewonnen, davon 795 in 2008. So viele Eintritte in die SPD gab es seit vielen Jahren nicht mehr. Auf einem Neumitglieder-Kongress des Landesverbandes im vergangenen Herbst hat sich gezeigt, wie viel Power, neue Ideen und Bereitschaft zum Engagement die neuen Genossinnen und Genossen mitbringen. Wir wollen unseren neuen Mitgliedern - ähnlich wie die „400er“ im Landtagswahlkampf 2005 - Möglichkeiten bieten, aktiv in die bevorstehenden Wahlkämpfe einzusteigen. Wir sind dabei, mit einigen unserer neuen Mitglieder Ideen zu entwickeln, wie das konkret aussehen kann. Wir können uns schon jetzt auf neue und ungewöhnliche Wahlkampfaktionen unserer Neuen freuen!

Zwar liegt die Zahl der Austritte (2008: 966) noch immer über den Eintritten, aber auch die Zahl der Austritte ist in 2007 (797) und 2008 (988) gegenüber den Jahren davor deutlich zurückgegangen. Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten seit 1990 bundesweit die Hälfte ihrer Mitglieder verloren.

Auch bei uns in Schleswig-Holstein ist die Zahl der Mitglieder von damals 40.000 auf heute 20.000 zurückgegangen. Wir haben also durchschnittlich 1000 Mitglieder jährlich verloren. Eine regelrechte Austrittswelle gab es in den Jahren 2003 mit 1900 Austritten und 2004 mit 1960 Austritten – ganz offensichtlich im Zusammenhang mit der Agenda 2010.

Der Mitgliederverlust zieht eine tiefe Furche in unsere Organisationskraft und die Finanzierbarkeit der Parteiarbeit und Wahlkämpfe.

Viele Ortsvereine verfügen heute kaum noch über die für eine lebendige Parteiarbeit notwendige Zahl an Mitgliedern: 220 von 538 Ortsvereinen, das sind 41% unserer Ortsvereine, haben weniger als 20 Mitglieder. Hinzu kommt, dass über 50% unserer Mitglieder über 60 Jahre alt sind und nur 5% unter 30. So kommt es, dass viele unserer Aktiven auf Orts-, Kreisverbands- und Landesebene eine Vielzahl von ehrenamtlichen Aufgaben, Ämtern und Mandaten übernommen haben, die eine sinnvolle Arbeitsbelastung übersteigen.

In den vergangenen Jahren haben wir einschneidende Maßnahmen zur Senkung von Personal- und Wahlkampfkosten umgesetzt und der Landesparteitag hat 2007 auch die Beitragsverteilung zwischen den Ortsvereinen, Kreisverbänden und Landesverband verändert. Wir sind bei den Verwaltungskosten und den politischen Aktionskosten, bei der Wahlkampffinanzierung und bei der Personalausstattung in den Kreisgeschäftsstellen und der Landesgeschäftsstelle am Minimum angelangt.

Der Weg ist also klar vorgezeichnet: Wahlen und neue Mitglieder gewinnen!



Foto:
Der Neumitgliederkonvent 2008 war ein voller Erfolg

Glaubwürdigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg

Nach der durch bundespolitische Negativ-Einflüsse überschatteten Kommunalwahl haben wir auf einer großen Parteikonferenz im Sommer 2008 eine Bestandsaufnahme gemacht und den Kurs für die jetzt bevorstehenden Wahlkämpfe abgesteckt. In drei Diskussionsforen („Stimmt unser programmatischer Kurs?“, „Wie stärken wir unsere Organisationskraft“ und „Brauchen wir einen neuen Politikstil?“) haben wir Antworten auf die Frage gesucht, warum immer größere Teile der SPD-Wählerschaft nicht mehr zur Wahl gehen und damit unsere Wahlniederlagen besiegeln. Diagnose: Durch die Agenda 2010 und die anschließenden Großen Koalitionen in Bund und Land hat die Glaubwürdigkeit der SPD gelitten bzw. ist ihre Politik nicht klar erkennbar. In den Diskussionen sind drei Leitlinien für die kommenden Wahlkämpfe sichtbar geworden.

1. In den kommenden Wahlkämpfen kommt es darauf an, dass wir uns auf wenige prägnante und aussagekräftige Schwerpunkte konzentrieren und dabei die Unterschiede zur CDU einerseits und zur Linkspartei andererseits klipp und klar sichtbar machen.

2. Entscheidend ist Glaubwürdigkeit - und Glaubwürdigkeit gewinnen wir dadurch, dass wir den Kampf für soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen und zeigen, dass wir Politik nicht für uns selbst machen, sondern uns konkret um unsere Wählerinnen und Wähler kümmern.

3. Es kommt nicht so sehr darauf an, wie viele Veranstaltungen wir machen, sondern darauf, dass wir zu unseren Wählerinnen und Wählern hingehen und dort präsent sind, wo sie in Vereinen, Verbänden und Initiativen aktiv sind.

Nach dem Wahlkampf ist vor den Wahlkämpfen

Diese drei Leitlinien und viele konkrete Anregungen, die auf der Parteikonferenz gegeben wurden, sind die Grundlage für unsere Wahlkampfplanung für die Europawahl (7. Juni 2009), die Bundestagswahl (27. September 2009) und die Landtagswahl (Mai 2010). Für alle drei Wahlkämpfe hat der Landesvorstand eine Wahlkampf-Kommission ernannt und eine Reihe von Entscheidungen bereits im Herbst 2008 getroffen.

Unsere Leitthemen in Schleswig-Holstein heißen: Soziale Gerechtigkeit, Zukunft, Handlungsfähiger Staat, Mehr Miteinander. Die Programm-Kommission, die ihre Arbeit im Februar 2009 begonnen hat, wird sich auf fünf Schwerpunkte beschränken: Aufstieg durch Bildung, Gute Arbeit - Starke Wirtschaft, Moderne Politik für Familien und Kinder, Zukunftsfähige Energie-, Umwelt- und Klimapolitik und Gut leben in Schleswig-Holstein (zunächst Arbeitstitel).

Alle SPD-Mitglieder bekommen eine kurze und bündige Argumentationskarte, aus der hervorgeht, was wir wollen, wodurch wir uns von den anderen Parteien unterscheiden und wie wir mit ihnen umgehen. Und wir werden wieder mit unserer roten Werbelinie auftreten. Rot steht für das, was wir sind und was wir wollen.

Der Wahlkampf-Newsletter unserer KAMPA-NORD wird euch aktuell und umfassend in den Wahlkämpfen über das Wichtigste informieren.

Anzeige

Immer das Richtige ... IMAGE.

Schaut doch mal rein
www.imageshop.de

»Zum Superwahljahr 2009 gibt es zahlreiche neue Produkte. Ein neuer SPD-Shirt-Shop mit zahlreichen Möglichkeiten, neue Streuartikel und unter „Sonderanfertigung“ neue individualisierbare Produkte.«

SPD-Tattoos für Kinder
4 Motive erhältlich
100 Stück 9,90 EUR

IMAGE
Produkte

Mehr Beitrag, Mehr SPD!

Parteiarbeit und Wahlkämpfe kosten Geld. Die Pilot-Phase unserer Aktion „Mehr Beitrag, mehr SPD“ in den Kreisverbänden Kiel und Pinneberg war sehr erfolgreich. Insgesamt haben 434 Mitglieder ihren Beitrag erhöht und es können rund 20.000 Euro mehr Beiträge im Jahr verzeichnet werden.

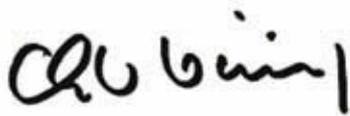
Die Aktion „Mehr Beitrag, mehr SPD“ besteht aus zwei Elementen. Zum einen wird mit intensiver innerparteilicher Werbung bei den aktiven Mitgliedern um eine Beitragserhöhung geworben. Hierzu gibt es eine Postkarte, mit der der Mitgliedsbeitrag erhöht werden kann. Diese Postkarte soll auf allen Parteiveranstaltungen ausliegen.

Auch auf der Homepage des SPD-Landesverbandes (www.spd-sh.de) kann der Beitrag schnell und unkompliziert erhöht werden.



Zum anderen wird es in enger Kooperation mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen eine Telefon-Aktion geben, in der für eine freiwillige und solidarische Beitragserhöhung geworben wird. Wir freuen uns, dass diese Aktion in der Pilot-Phase zu einem so guten Ergebnis geführt hat.

Wir sagen allen Genossinnen und Genossen, die sich für eine Beitragserhöhung entschieden haben, ein ganz herzliches Dankeschön. Wir werden die Aktion nun in weiteren Kreisverbänden fortsetzen.



Christian Kröning

Mitgliederzahlen der Kreisverbände (Stand 31.01.2009)

Kreisverband	Mitglieder gesamt	davon Männer	davon Frauen	Beitrag	Beitrags- durchschnitt
Kiel	1.570	1.016	554	15.951,58 €	10,16 €
Neumünster	428	297	131	4.243,70 €	9,92 €
Plön	1.556	976	580	10.520,42 €	6,76 €
RD-Eck.	2.508	1.642	866	21.055,58 €	8,40 €
Flensburg	361	240	121	3.794,94 €	10,51 €
Nordfriesland	1.355	900	455	9.287,62 €	6,85 €
SL-Fl.	1.555	1.035	520	11.409,11 €	7,34 €
Dithmarschen	1.043	674	369	6.621,09 €	6,35 €
Pinneberg	1.845	1.176	669	16.876,43 €	9,15 €
Segeberg	1.424	941	483	10.389,41 €	7,30 €
Steinburg	956	627	329	6.912,84 €	7,23 €
Lübeck	1.227	795	432	11.094,09 €	9,04 €
Lauenburg	1.256	851	405	9.783,24 €	7,79 €
Ostholstein	1.593	1.042	551	10.989,47 €	6,90 €
Stormarn	1.408	882	526	12.396,50 €	8,80 €
Gesamt	20.085	13.094	6.991	161.326,02 €	8,17 €

Des Weiteren sind noch 53 Gastmitglieder in der SPD SH (34 Männer, 19 Frauen) mit einem Beitrag von 132,50€.

Innerparteiliche Bildungsarbeit 2007 bis 2009

Von Elfriede Marx, SPD-Landesverband

„Was man lernen muss, um es zu tun, das lernt man, indem man es tut“ (Aristoteles)

Das passt ganz sicher auf viele Dinge, mit denen Menschen sich tagaus tagein auseinandersetzen müssen. In unserer innerparteilichen Bildungsarbeit berücksichtigen wir diesen weisen Spruch als Maxime für unser Handeln. Deshalb sind unsere Seminarkonzepte stark auf die praktische Arbeit unserer Genossinnen und Genossen vor Ort ausgerichtet.

Schwerpunkte der innerparteilichen Bildungsarbeit waren in den letzten zwei Jahren Wahlkampfseminare im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 2008 und die Schulung neu gewählter Kommunalpolitiker und -politikerinnen. Die Projekte „Personalentwicklung“ und „Unsere Zukunft ist Ehrensache“ haben wir mit intensiven Trainings bis zur Kommunalwahl im Mai 2008 weitergeführt. Dazu gehörten Trainings für Kandidaten und Kandidatinnen, Kampagnenfähigkeit der Partei, „Fit für die Fraktion“ und „Gewählt – was nun? Kleines ABC der Kommunalpolitik“. Für unsere neuen Mitglieder haben wir im Berichtszeitraum sieben Neumitglieder-Seminare durchgeführt. Jedes Jahr fand eine Kommunalakademie an vier Wochenenden statt. Für Ortsvereinsvorstände wurde jedes Jahr „Fit fürs Ehrenamt“ an drei Wochenenden durchgeführt. Weiterentwickelt und durchgeführt haben wir Fortsetzungsseminare für die Kommunalakademie und für „Fit fürs Ehrenamt“. In Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung des Parteivorstandes Berlin haben wir jedes Jahr Schulungen für Revisor(innen) und Kassierer(innen) durchgeführt. Eine zentrale Bedeutung nimmt inzwischen die Arbeit vor Ort ein, wie Moderation von Klausuren, Konfliktbearbeitung, Strategiewerkstätten sowie Kampagnen- und Projektarbeit. Im Rahmen der Mitgliederwerbekampagne haben wir Mitgliederwerbeworkshops in den Regionen durchgeführt.

„Fit für das Ehrenamt“ bietet neu gewählten Vorsitzenden (ihren Stellvertretern und Stellvertreterinnen und solchen, die es werden wollen) in drei Modulen, durchgeführt an drei Wochenenden, wichtige Kernkompetenzen. Die Inhalte haben wir im Rechenschaftsbericht 2005 bis 2007 ausführlich beschrieben.

„Fit für die Fraktion“ - als Einstieg in die Kommunalpolitik - vermittelte in unseren vier Regionen an drei Abenden Einblicke in die Arbeit der Kommunalpolitik. Zielgruppe waren Mitglieder, die sich für die Kommunalwahl aufstellen lassen wollten, bzw. wir wollten

unsere Mitglieder dafür motivieren. Die Inhalte haben wir im Rechenschaftsbericht 2005 bis 2007 ausführlich beschrieben.

„Gewählt – was nun? Kleines ABC der Kommunalpolitik“ richtete sich an die neu gewählten Kommunalpolitiker(innen), um ihnen den Einstieg in diese wichtige und interessante Aufgabe zu erleichtern. An zwei Abenden haben wir über die Aufgaben einer Fraktion, Strukturen und Entscheidungswege in Gemeinden und Kreisen, Gemeindeordnung, Haushaltsatzung und Beteiligungsverfahren informiert. Am Schluss der Schulung haben die Teilnehmer/innen eine Gemeindevertretersitzung mit verteilten Rollen simuliert und über wichtige Anträge der SPD-Fraktion entschieden.

Wahlkampfseminare richteten sich an zwei Zielgruppen:

1. An Kandidaten und Kandidatinnen: Bei der Kommunalwahl sind die Kandidaten/innen wichtiger als die Partei und das Programm. Wähler/innen entscheiden häufig nach Sympathie und Antipathie. Deshalb gilt es bei der Aufstellung die richtige Mischung von Jung und Alt, Mann und Frau zu berücksichtigen. Wenn sie dann gefunden sind, sollten sie sich gut darstellen können. Deshalb hatten wir in den Trainings folgende Inhalte: Stärke- und Schwächenanalyse, um mit den Stärken weiter zu arbeiten, positives persönliches Erscheinungsbild, Öffentlichkeitsarbeit, Argumentation, Überzeugung, Umgang mit Kritik und Zuhören können.
2. An Wahlkampfteams, die sich in Planung und Strategieentwicklung, Kommunalwahlprogrammen, Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampfkampagnen und -veranstaltungen, Pressearbeit und Argumentation übten.

Die Kommunalakademie ist weiterhin eine Erfolgsgeschichte. Inzwischen führen wir die 9. Kommunalakademie durch und alle, die daran teilnehmen, sind hellauf begeistert und motiviert. Es existiert inzwischen ein landesweites Netzwerk von Absolventen/innen der Kommunalakademie. Unterstützt wird dieses Netz durch jährliche Folgeschulungen. Das Gesamtkonzept wurde kaum geändert, die fachlichen Inhalte werden kontinuierlich an Änderungen und politischen Schwerpunkten ausgerichtet.

Die Neumitglieder Seminare finden weiterhin drei bis vier Mal im Jahr statt und sind immer gut besucht. Die Inhalte wie Geschichte und Programme der Partei, Organisation, Strukturen und Entscheidungswege und Einblick in die Kommunalpolitik sind nach wie vor aktuell. Genauso wichtig ist der Austausch

untereinander, da es in den Ortsvereinen sehr unterschiedliche Möglichkeiten zur Mitarbeit gibt.

Die Mitgliederwerbung ist eine zentrale Aufgabe unserer Partei. Der Landesvorstand hatte eine Mitgliederwerbekampagne beschlossen, um neue Mitglieder zu werben und zu halten. Zur Unterstützung haben wir Mitgliederworkshops durchgeführt, in denen Ideen entwickelt und ausgearbeitet werden, wie wir Menschen für unsere Partei und unsere Arbeit interessieren und einbinden können. Die erfolgreichsten Werber wurden mit Städtereisen belohnt. Im Ranking der Bundespartei ist der Landesverband Schleswig-Holstein vom letzten Platz ins obere Drittel vorgerückt. Das macht Mut.

Die **Arbeitsgruppe „Führungsakademie“** unter der Leitung von MdB Jörn Thießen hat einen Vorschlag erarbeitet, der die Bildungsarbeit auf neue Füße stellt. Es soll eine **„Akademie für soziale Demokratie SH“** gegründet werden. Sie soll wie folgt organisiert werden:

Die Entscheidungen treffen:

- Geschäftsführer/in
- Beirat (aus Vorstand, Bildung und Externen und Landesparteiratsvorsitzende/r)

Die Qualität wird gewährleistet durch:

- Einführung von Qualitätsmanagement
- Zertifizierung der Seminare

Folgende inhaltliche Säulen soll es geben:

- Persönlichkeitsentwicklung
- Fachkompetenzen
- Organisationsentwicklung

Das Fundament bilden:

Mitarbeiter/innen in der Bildungsarbeit, qualifiziert durch eine Grundausbildung und „Train the Trainer“-Modelle.

Festveranstaltung „20 Jahre innerparteiliche Bildungsarbeit der SPD SH“ – 1988 bis 2008

20 Jahre innerparteiliche Bildungsarbeit war für uns ein Anlass, am 28. November 2008 ein schönes Fest mit einem abwechslungsreichen Programm im Kulturzentrum Rendsburg zu feiern. Viele Teamer/innen und ehemalige Teamer/innen, Referenten/innen und Seminarteilnehmer/innen konnten begrüßt werden.

Andreas Beran und Birgit Hannemann-Röttgers führten gut gelaunt durchs Programm, Christian Kröning hielt eine engagierte Rede über die Bildungsarbeit und Ralf Stegner würdigte den ehrenamtlichen Einsatz der Teamer/innen mit lobenden Worten, Büchergutscheinen und einer Rose.

Prof. Waldemar Stange und Thomas Schmehl hielten einen Rückblick auf die vier Ausbildungsreihen, die sie geleitet haben. Wolfgang Röttgers und Elfie Marx führten die unterhaltsame Methode „Pecha Kucha“ ein. Das könnte der Nachfolger von langen Powerpointpräsentationen werden. Hier wird in 20 Sekunden Inhaltliches zu aussagekräftigen Bildern vermittelt wird.

Abgerundet wurde das Programm mit einem selbst getexteten Rap, der von einigen Teamern und Teamerinnen vorgetragen wurde. Der Abend endete bei schöner Musik von Markus Weber, Hähppchen und Wein.



Planmäßige Konsolidierung, Solidarität und Handlungsfähigkeit

Von Jörg Wenghöfer, Schatzmeister

Im Mittelpunkt der vergangenen zwei Jahre stand die Umsetzung des auf dem Landesparteitages im März 2007 in Neumünster beschlossenen „Maßnahmenpakets zur mittelfristigen Finanz- und Personalplanung“ des Landesverbandes. Dabei ging und geht es um das Ziel, die politische Handlungs- und Wahlkampfähigkeit des Landesverbandes angesichts von Einnahmeausfällen in beträchtlicher Größenordnung zu sichern. Wir müssen der weiteren Verringerung der Mitgliedsbeiträge, der Reduzierung staatlicher Mittel aufgrund bundesweiter Wahlniederlagen und steigenden Kosten entgegensteuern. Die vom Parteitag beschlossenen Maßnahmen sind seither ausnahmslos umgesetzt worden. Der Landesvorstand hat einen Wahlkampfetat für die Landtagswahl 2010 beschlossen, der die Wahlkampfkosten auf 1 Million Euro begrenzt, das sind 33% bzw. 500.000 Euro weniger als 2005. Es ist klar, dass dies für die Organisation des Wahlkampfes 2010 eine harte Vorgabe ist, die ebenso harte Entscheidungen z.B. im Bereich der Wahlkampfwerbung verlangt. Rund 300.000 Euro wurden bei den Personalkosten eingespart. Die Einsparungen und Stellenstreichungen betreffen Landesgeschäftsstelle und Kreisgeschäftsstellen gleichermaßen. Nach dem Parteitag wurden die Mandatsträgerabgaben für unsere Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneten erhöht. In Tarifverhandlungen konnten die Gehaltserhöhungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ein Minimum begrenzt werden. Die Gehaltssteigerung für 2007 betrug lediglich 0,5%, für 2008 nur 1% und für 2009 ebenfalls 1%. Eine Streichung oder Verringerung des Urlaubsgeldes (ein halbes Monatsgehalt) konnte in den Verhandlungen mit ver.di nicht durchgesetzt werden.

Zu dem Maßnahmenpaket gehörte eine 10%ige Solidarabgabe der Ortsvereine und Kreisverbände auf das Vermögen des Jahres 2005. Diese Solidarabgabe wurde bis auf einige Ausnahmen an den Landesverband bezahlt; die Zahlung der ausstehenden Beträge wird weiter eingefordert. Die in diesem Zusammenhang beschlossene Änderung der Beitragsverteilung zugunsten des Landesverbandes und zulasten der Ortsvereine wurde ohne größere Probleme zum 1.7.2008 umgesetzt und ist befristet bis zum 30.6.2012. Wir wissen, dass es auch in vielen Kreisverbänden und Ortsvereinen erhebliche finanzielle Engpässe gibt. Umso mehr bedankt sich der Landesvorstand bei den Ortsvereinen und Kreisverbänden für die gezeigte Solidarität.



Die Gespräche über eine künftige staatliche Mitfinanzierung von Kommunalwahlen haben in der Großen Koalition zu keinem Ergebnis geführt. Ich rechne nicht damit, dass diese auf dem Landesparteitag 2001 erhobene Forderung durchsetzbar ist. Auch in der SPD-Landtagsfraktion gibt es dafür nicht genügend Unterstützung.

Der in dem Maßnahmenpaket enthaltene Beschluss eines gemeinsamen Wahlkampfetats des Landesverbandes, der Kreisverbände und Ortsvereine für die Landtagswahl 2010 wird in den kommenden Wochen ausgearbeitet. Dabei handelt es sich darum, dass aus einem vorab aufgestellten gemeinsamen Gesamtbudget alle Wahlkampfmaterialien finanziert und ohne weitere Kosten an die Gliederungen geliefert werden. In diesem Zusammenhang soll jetzt verbindlich festgelegt werden, mit welcher landesweit einheitlichen Plakatgröße (A0 oder A1) im Interesse von Kosteneinsparungen zukünftig in Wahlkämpfen gearbeitet werden soll. Abweichungen hiervon müssen dem Landesverband rechtzeitig mitgeteilt werden und werden zu Vollkosten in Rechnung gestellt (keine Finanzierung aus dem Wahlkampfbudget).

Im Februar 2009 hat der Landesvorstand auf der Basis der geschilderten Beschlusslage den Haushalt für 2009 und die Mittelfristige Finanzplanung bis 2012 beschlossen. Die Hälfte der Kosten für die Landtagswahl 2010 wird der Landesverband mit einem Kredit beim Parteivorstand finanzieren, der 2011 und 2012 vollständig zurückgezahlt wird. Auf dem Landesparteitag 2011 wird dann zu entscheiden sein, ob die bis

2012 befristet geltende Beitragsverteilung aufgehoben oder verlängert wird. Der Landesvorstand hat die Arbeitsverträge einer Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenfalls bis 2012 befristet. Die dann zu treffenden Entscheidungen über die künftige Finanz- und Personalentwicklung des Landesverbandes sind abhängig von der weiteren Mitglieder- und Beitragsentwicklung sowie der künftigen Höhe der staatlichen Mittel. Es ist absehbar, dass wir alle auf dem Parteitag 2011 keine leichten Entscheidungen zu treffen haben.

Unsere Beitragskampagne hatte eine Pilot-Phase in den Kreisverbänden Kiel und Pinneberg. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 20.000 Euro Mehreinnahmen im Jahr. Bezogen auf diese beiden Kreisverbände bedeutet dies eine durchschnittliche Beitragserhöhung von 42 Cent pro Mitglied. Dieses Ergebnis ist Anlass, die Beitragskampagne jetzt in weiteren Kreisverbänden durchzuführen. Wir bedanken uns bei allen Genossinnen und Genossen, die ihren Beitrag erhöht haben.

Der Landesparteitag hat 2007 beschlossen, dass den Kreisverbänden alljährlich - erstmals zum 31.12.2008 - der Schuldenstand des Landesverbandes mitzuteilen ist. Einschließlich aller Personalkostenrückstellungen betrug das Reinvermögen des Landesverbandes am 31.12.2007 minus 643.000 Euro (Schulden 370.000 Euro, Verbindlichkeiten 57.000 Euro, 386.000 Euro Rückstellungen u.a. für die Altersteilzeit von Mitarbeiter/innen; Besitzposten 170.000 Euro). Die 370.000 Euro Schulden wurden 2008 aus den Haushaltsüberschüssen (rd. 400.000 Euro) getilgt. Damit sind alle Kredite aus dem Landtagswahlkampf 2005 zurückgezahlt.

Bericht über die Arbeit des Landesparteirates

Von Andreas Beran,
Vorsitzender des Landesparteirates

1. Der Landesparteirat

Seit April 2003 ist der Landesparteirat das höchste Beratungsorgan zwischen den Landesparteitagen. Er kann bindende Beschlüsse fassen.

Der Parteirat ist mit je zwei VertreterInnen der 15 Kreisverbände besetzt und je einem Vertreter der vier größten Arbeitsgemeinschaften. Mit nur 34 Mitgliedern soll die Arbeitsfähigkeit des Gremiums gewährleistet werden. Die Beschlusskompetenz gibt dem Parteirat politisches Gewicht.

Ziel des Parteirates war und ist es auch, die Kreisverbände schnell und zeitnah in landespolitische Entscheidungen einzubinden.

Diese Konstruktion hat sich bewährt. Die selbst gewählte Aufgabe, ein innerparteiliches Diskussionsforum und ein Verbindungselement zwischen Landespolitik, den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften zu sein, wurde in vollem Umfang erfüllt. Der Landesparteirat hat sich zu den aktuellen Themen der Landespolitik eingebracht, und er hat sich zu einem wichtigen, konstruktiven Partner des Landesvorstandes entwickelt.

Mit dem Landesparteirat verfügt die SPD Schleswig-Holstein neben Landesvorstand und Landesparteitag über ein weiteres, arbeitsfähiges und gestaltendes Gremium für schwierige Aufgaben.

Auch wenn sich der Landesparteirat als Gremium bewährt hat, sollte für die Zukunft über zwei Anregungen zu Veränderungen nachgedacht und diskutiert werden:

1. Es sollten für die ordentlichen Mitglieder Vertreter gewählt werden.
2. Alle aktiven Arbeitsgemeinschaften (statt der bisherigen vier) sollten eine/n Vertreter/In in den Landesparteirat entsenden können.

Zu 1.: Die Termindichte gerade von Kreisvorsitzenden macht es nicht immer möglich, zu allen Sitzungen des Landesparteirates zu erscheinen. Dennoch ist es für die Arbeit des Landesparteirates wichtig, dass grundsätzlich immer alle Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften vertreten sind.

Zu 2.: Die Landespartei muss ein Interesse daran haben, dass die Arbeit aller Kreisverbände aber auch aller aktiven Arbeitsgemeinschaften in das Ergebnis von Beschlüssen einfließen kann. Keine Idee und Arbeitsergebnis sollte unberücksichtigt bleiben.

2. Überblick über die geleistete Arbeit:

■ Am 4. Juni 2007 fand die konstituierende Sitzung des Landesparteirates statt. Zum Vorsitzenden wurde Andreas Beran (KV Segeberg) und zur stellvertretenden Vorsitzenden Helga Schirmmacher (KV Stormarn) gewählt. Außerdem hat der Landesparteirat in dieser Sitzung eine Resolution zur Unterstützung der Telekom-Beschäftigten verabschiedet und veröffentlicht.

■ Am 13.06.2007 hat der Landesparteiratsvorsitzende eine Pressemitteilung herausgegeben zur Unterstützung des Landesvorsitzenden. Der CDU-Landwirtschaftsminister hatte unberechtigter Weise schwere Vorwürfe gegenüber unserem Landesvorsitzenden erhoben.

Bericht der Revisionskommission

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein hat am 25. März 2007 in Neumünster folgende Mitglieder in die Revisionskommission gewählt: Bärbel Bergner, Peter Behr, Eckart Finger, Hermann Greve und Renate Pfau.

In der konstituierenden Sitzung am 30. Mai 2007 wurde Eckart Finger wieder zum Vorsitzenden und Hermann Greve zu seinem Vertreter gewählt. Laut Satzung ist der Vorsitzende bzw. sein Vertreter berechtigt an den Sitzungen des Landesvorstandes und des Parteirates teilzunehmen und erhält entsprechende Einladungen.

Die für die Revisoren erforderlichen Informationen aus dem Landesverband wurden den Mitgliedern der Kommission vor und während den Sitzungen von der Geschäftsführung gegeben.

In den fünf Sitzungen der Wahlperiode wurden die folgenden Themen diskutiert bzw. geprüft:

0. Mitgliedsbeiträge insbesondere Niedrigbeiträge
1. Zahlung der Sonderbeiträge in den Kreisverbänden
2. Zahlung der Sonderbeiträge in den Ortsvereinen
3. Reisekosten
4. Verzehr/Bewirtung
5. Hotelkosten
6. Kosten Landesverband für die Kommunalwahl
7. Wirtschaftsplan 1. Halbjahr 2008
8. Stand Mittelfristige Finanzplanung

Zu den Mitgliedsbeiträgen wurde von Christian Kröning die folgende Analyse vorgelegt, die ausweist, dass:

51,5% der Mitglieder Beiträge bis 5,00 €/Monat, also 22,2% der Gesamtbeitragssumme zahlen
30,3% der Mitglieder Beiträge von 5,01-10,00 €/Monat, also 26,5% der Gesamtbeitragssumme zahlen
12,9% der Mitglieder Beiträge von 10,01-20,00 €/Monat, also 21,6% der Gesamtbeitragssumme zahlen
5,3% der Mitglieder Beiträge über 20,01 €/Monat, also 29,7% (beinahe 1/3) der Gesamtbeitragssumme zahlen

Die Situation, dass über 80% der Mitglieder weniger als 50% der Gesamtbeitragssumme zahlen ist unbefriedigend, ganz besonders im Hinblick auf die weiterhin angespannte finanzielle Situation des SPD-Landesverbandes.

Nach einem Beschluss des Landesparteitages im März 2007 sollten durch Mitgliederwerbung und eine Kampagne zur freiwilligen solidarischen Erhöhung von Beiträgen Einnahmeverbesserungen erzielt werden.

■ Am 10.07.2007 wurde eine weitere Pressemitteilung herausgegeben. Überschrift: „CDU hat Chance Familien mit Schulkindern zu entlasten leichtfertig vertan“. Es ging inhaltlich um die Schülerbeförderungskosten.

■ Am 25.09.2007 wurde über Koalitionsvereinbarungen beraten. Durch einen Beschluss wurde Ralf Stegner, Lothar Hay und Ute Erdsiek-Rave der Rücken gestärkt. Es ging um den Wechsel in der Regierungsmannschaft und in der Fraktionsspitze.

■ Am 03.12.2007 war das Schwerpunktthema die Verwaltungsstrukturreform.

■ Am 05.02.2008 befasste sich der Landesparteirat mit den bildungspolitischen Anträgen des letzten ordentlichen Parteitages und hat dazu Beschlüsse gefasst.

■ Am 08.07.2008 hat sich der Landesparteirat mit dem Papier des Europaforums „Offensive für ein soziales Europa - Europapolitische Eckpunkte der SPD SH zur Europawahl 2009“ auseinandergesetzt und beschlossen.

■ Am 28.10.2008 gab es drei wesentliche Themen, über die der Landesparteirat diskutierte: die Finanzmarktkrise, die staatliche Finanzierung von kommunalen Direktwahlen und das Finanzverhältnis Land/Kommunen.

Als Landesparteiratsvorsitzender habe ich die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften intensiviert. So haben wir u.a. ein gemeinsames Gespräch mit der Landtagsfraktion geführt. Der Landesvorsitzende hat in allen wesentlichen Angelegenheiten den Landesparteiratsvorsitzenden in Entscheidungsprozesse einbezogen.

Foto: Andreas Beran und Helga Schirmmacher



Die Kampagne „Mehr Beitrag, mehr SPD!“ ist im Kreis Pinneberg und Kiel bereits getestet worden und sie soll Anfang 2009 fortgesetzt werden.

Die bisherigen Bemühungen haben bereits zu einer Beitragserhöhung von rd. 1600 Euro/Monat geführt. Die Revisionskommission ist der Meinung, dass diese Kampagne zügig in allen Kreisverbänden betrieben werden soll, um die Politikfähigkeit des Landesverbandes zu stärken.

Zu 1. und 2.: Von berechneten Sonderabführungen der Mandatsträger in Ortsvereinen und Kreisverbänden in Höhe von rd. 200.000 Euro konnten bereits etwa 180.000 Euro eingebracht werden.

Zu den Punkten 3. bis 5.: Es wurden die entsprechenden Belege angefordert und Stichproben von den Revisoren geprüft. Fragen dazu wurden von der Geschäftsführung zur Zufriedenheit beantwortet, es gab keine Beanstandungen.

Zu 6.: Die Kommunalwahlkosten des Landesverbandes der Wahl am 25. Mai 2008 wurden anhand von Auflistungen der entsprechenden Haushaltsstelle erläutert.

Zu 7.: Zum Wirtschaftsplan 2008/2. Quartal wurde eine Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben diskutiert und zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8. gab Christian Kröning Erklärungen zur Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2012 ab.

Die Revisoren empfehlen dem Parteitag, den Landesvorstand für die Jahre 2007 und 2008 zu entlasten.

Eckart Finger

Bericht der Landeschiedskommission

Im Berichtszeitraum von April 2007 bis Februar 2009 war erfreulicherweise kein Verfahren bei der Schiedskommission anhängig.

Zweimal habe ich informell Auskünfte zu Satzungsfragen gegeben.

Mitglieder der Schiedskommission waren Joachim Scheidler als Vorsitzender, Birgit Hannemann-Röttgers und Norbert Scharbach als stellvertretende Vorsitzende. Weitere Mitglieder waren: Sonja Jacobsen, Wolfgang Engelmann, Thorsten Pfau und Stefan Runge.

Joachim Scheidler

Anzeige



So kommen verlorene Schlüssel zurück!



Wir freuen uns auf Deinen Besuch am Infostand des ACE im Foyer.

Diese Aktion ist nur gültig am 21. und 22. März auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein.

Mit dem ACE sind Genossinnen und Genossen immer auf der richtigen Spur: www.ace-online.de

ICH KOMM AN.

Landesparteitage der SPD Schleswig-Holstein

Ordentlicher Landesparteitag am 24. und 25. März 2007 in den Holstenhallen Neumünster

Der Landesparteitag hat am 24. März 2007 in den Holstenhallen Neumünster auf einem zweitägigen ordentlichen Landesparteitag den neuen Landesvorstand der SPD gewählt.

Nach einer langen mitreißenden Rede konnte Kandidat Ralf Stegner mit 89,6 Prozent der Stimmen ein klares Ergebnis für sich als neuen Landesvorsitzenden verbuchen. Claus Möller war nicht erneut angetreten.

Die neue stellvertretende Landesvorsitzende (Brigitte Fronzek kandidierte nicht erneut für das Amt) wurde mit 83,5 Prozent der Stimmen die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn.

Als stellvertretender Landesvorsitzender löste Andreas Breitner, Bürgermeister von Rendsburg, mit 80,9 Prozent der Stimmen den ebenfalls nicht mehr angetretenen Landtagsabgeordneten Detlef Buder ab.

Die Wahlergebnisse waren wie folgt:

Landesvorsitzender
Ralf Stegner, Kreisverband RD-Eck

Stellvertretende Landesvorsitzende
Bettina Hagedorn, Kreisverband Ostholstein

Stellvertretender Landesvorsitzender
Andreas Breitner, Kreisverband RD-Eck

Schatzmeister
Jörg Wenghöfer, Kreisverband Neumünster

Beisitzer/innen:
Wolfgang Baasch, Kreisverband Lübeck
Stefan Bolln, Kreisverband Pinneberg
Serpil Midyatli, Kreisverband Kiel
Birte Pauls, Kreisverband Schleswig-Flensburg
Maike Rohwer, Kreisverband Neumünster
Jörn Thießen, Kreisverband Steinburg
Gesa Tralau, Kreisverband Stormarn



Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel überreichte Claus Möller nach seiner Rede für den scheidenden Landesvorsitzenden das Modell eines Arbeitsschiffes als Symbol für Möllers unermüdlischen Arbeitseinsatz und den Gewerkschaftshelm. Er bedankte sich bei ihm für die Etablierung des „Roten Fadens der sozialen Gerechtigkeit“ und seiner Verbundenheit zu den Gewerkschaften. Vom Landesvorstand bekam Möller zudem noch den „Roten Faden“ in Form eines Holzknäuels überreicht.

Am Sonntag besuchte Kurt Beck den Parteitag und ehrte persönlich die besten Mitgliederwerber Schleswig-Holsteins.

Unter anderem wurde der Antrag F1, das „Maßnahmenpaket zur mittelfristigen Personal- und Finanzplanung des Landesverbandes“, vom Parteitag beschlossen.



Landesparteitage der SPD Schleswig-Holstein

A. o. Landesparteitag am 12. September 2007

Der außerordentliche Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD im September 2007 in den Kieler Stadtwerken befasste sich hauptsächlich mit Anträgen zum „Bremer Entwurf“ - dem neuen Grundsatzprogramm der SPD - das als „Hamburger Programm“ vom Bundesparteitag in Hamburg Ende Oktober 2007 verabschiedet wurde.

Die „Projektgruppe Grundsatzprogramm“ unter der Leitung von Eckart Kuhlwein brachte dazu verschiedene Anregungen und Anträge ein.

Erhard Eppler begeisterte als Gastredner die Delegierten vor Ort: „Ein Grundsatzprogramm ist kein Rezeptbuch!“

Landesvorsitzender Ralf Stegner sagte in seiner Rede: „Sozialdemokratische Politik muss auch bei der SPD landen, in den Umfragen und vor allem bei den Wahlen. Es hängt an uns, ob wir den Mut aufbringen, in dem beschriebenen Sinne mehr Konflikte und mehr Demokratie wagen und so neue sozialdemokratische Mehrheiten erringen können. Wenn Willy Brandt auf die Umfragen statt auf die eigene Überzeugung gesetzt hätte, dann hätte es die Ostpolitik nie gegeben. Es hängt an uns, ob wir die Offenheit aufbringen, mehr als bisher mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden Dialog und Zusammenarbeit zu pflegen, um bessere und überzeugende Lösungen zu bieten als die Konkurrenz.“

Foto: Rede Erhard Eppler



A. o. Landesparteitag am 13. September 2008

Der dritte Parteitag im Berichtszeitraum fand eintägig in der Lübecker Musik- und Kongresshalle (MuK) statt.

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 90,6% wurde Ralf Stegner zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2010 nominiert. Seine politisch bewegende Bewerbungsrede unter dem Motto „Die SPD kann mehr – Politik ist Hoffnung, Leidenschaft und Mut“ war ein Bekenntnis zu einer starken Sozialdemokratie als linke Volkspartei. Unterstützt wurde er von Heide Simonis, Björn Engholm und Klaus Wowereit.



Als zentrale politische Ziele für die sozialdemokratische Regierungspolitik bezeichnete der zukünftige Ministerpräsident den Aufstieg durch Bildung, eine gerechte Familien- und Kinderpolitik, eine nachhaltige Umwelt-, Klimaschutz- und Energiepolitik ohne Atom sowie eine Politik für fairen Lohn für Gute Arbeit. „Die SPD ist die einzige Partei die Innovation und Gerechtigkeit zusammen denkt und zusammenführen kann“ so Ralf Stegner.

Die Delegierten des Landesparteitags haben als weiteren Tagesordnungspunkt Ulrike Rodust auf Platz 1 der Landesliste für die Europawahl gewählt. Rodust setzte sich im ersten Wahlgang mit einer deutlichen Mehrheit gegen ihre Mitbewerber durch.

Für Rodust ist Europapolitik eine Herzensangelegenheit: „Durch meine langjährigen Erfahrungen in der schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landespolitik weiß ich, wo vielen Menschen der Schuh drückt“ begründet Rodust ihre Kandidatur. „Die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in Brüssel und Straßburg zu vertreten, ist mir ein großes Anliegen.“

Foren, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise

EuropaForum

Mit Schwung in den Wahlkampf

Jede Genossin und jeder Genosse in Schleswig-Holstein hat im Europaforum die Möglichkeit, sich für eine sozialdemokratische Europapolitik zu engagieren. Im Januar 2009 ist ein neuer Vorstand gewählt worden: Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg ist Vorsitzender. Ihm stehen im Vorstand MdEP Ulrike Rodust, MdL Rolf Fischer, Enrico Kreft, Sebastian Schley und Cornelia Östreich zur Seite. Maïke Rohwer, die bisherige Vorsitzende, kandidierte nicht wieder. Europa ist in unserem Alltag: Die Kommune ist die kleinste Einheit, in der Europapolitik spürbar ist und in der die Bürgerinnen und Bürger den hohen Einfluss europäischer Regelungen wahrnehmen. Daher hatte das Europaforum einen Baustein für die Kommunalwahlprogramme 2008 entwickelt und im Kommunalwahlkampf immer wieder die europäischen Vernetzungen hervorgehoben.

Mit einer Stellungnahme zum Grünbuch „Meerespolitik der EU“ haben wir den Meerespolitischen Schwerpunkt unseres Europaministers Uwe Döring begleitet. Zusammen mit der Landtagsfraktion haben wir mit einer Diskussionsveranstaltung zu der Frage, wie Russland als Partner der EU wirkt, über den „europäischen Tellerrand“ hinausgeblickt. Unter der Federführung von Willi Piecyk haben wir den Leitantrag für den Europa-Parteitag im Herbst 2008 formuliert: Eine klare Schwerpunktsetzung auf die soziale Dimension Europas ist Kern des Antrages. Die Bedeutung und Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen, der Umweltpolitik, der europäischen Bildung und nicht zuletzt der schleswig-holsteinischen Meerespolitik haben wir in dem Positionspapier herausgearbeitet.

Der Tod von Willi Piecyk traf uns sehr. Wir haben mit ihm einen überzeugten und überzeugenden Europäer, einen engagierten Genossen und einen liebens

Der Vorstand des Europaforums



werten Menschen verloren. Wir trauern um ihn. Mit Ulrike Rodust als Willis Nachfolgerin ist das Europaforum nun in den Wahlkampf zum Europäischen Parlament gestartet: Das soziale Europa, der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt und die Zukunft des Ländlichen Raums sind nun erst einmal Schwerpunktthemen. Diese Themen sind für Schleswig-Holstein besonders wichtig, berühren die Menschen in unserem Land - und machen Spaß im Wahlkampf! Mit dem Schwung aus dem Europawahlkampf wird sich das Europaforum auch nach der Wahl weiterhin für ein soziales und ökologisches Europa engagieren. Ziel ist es, dass die Aufmerksamkeit und das Engagement für europäische Politik auch über den 7. Juni hinaus bestehen bleiben. Wer in den Verteiler des Europaforums aufgenommen und damit auch regelmäßige Infos aus Europa erhalten möchte: E-Mail an Gesa.Grube@spd.de reicht.

Maïke Rohwer (bis Januar 2009 Vorsitzende des Europaforums) und Martin Tretbar-Endres (seit Januar 2009 Vorsitzender des Europaforums)

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

In 10 Kreisverbänden (Flensburg, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Kiel, Neumünster (neu), Pinneberg, Dithmarschen, Steinburg, Stormarn und Lübeck) besteht ein aktiver Kreisvorstand. Darüber hinaus gibt es eine AfA Landesbetriebsgruppe Bundeswehr und eine Betriebsgruppe Bahn in Lübeck. Der Landesvorstand hatte im Berichtszeitraum acht Vorstandssitzungen und sich thematisch insbesondere mit der Kommunalwahl, Anträgen zur AfA-Bundeskongress und der Gesundheitsreform (inhaltlich unterstützt durch den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg) beschäftigt.

Der 10. und 11. „Politische Aschermittwoch“ wurde traditionell mit der Partei in Marne und dem Kreis Dithmarschen durchgeführt. Unser Landesvorsitzender Ralf Stegner war in beiden Jahren „aktiver Mit- bzw. Hauptakteur“ und eine überregionale Berichterstattung war in beiden Jahren gegeben. Mit 11 Genossinnen und Genossen beteiligten wir uns an der AfA-Regionalkongress 2007 der Norddeutschen Landesverbände in Bremerhaven und unterstützten damit auch gleichzeitig die Bürgerschaftswahl im Bundesland Bremen.

In die AfA-Bundeskonferenz vom 18.-20.4.2008 in Kassel haben wir uns inhaltlich wie personell eingebracht und haben erneut mit Kirsten Rölke (als stellv. Bundesvorsitzende), Almut Auerbach und Jörg Wenghöfer insgesamt drei Schleswig-Holsteiner im AfA-Bundesvorstand.

Die SPD-Arbeitnehmerempfänge der Landespartei hat die AfA aktiv unterstützt. Wir sind mit Ralf Wrobel im Parteirat und mit unserem Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels im Gewerkschaftsrat vertreten. Im Februar 2008 hat der AfA-Landesvorstand mit einer beschlossenen Selbstverpflichtung die Beitragskampagne ins Leben gerufen, um damit auch die Bemühungen der Landespartei und des Schatzmeisters zur finanziellen Stabilisierung der Partei aktiv zu unterstützen.

Des Weiteren wurde 2008 mit der Landtagsfraktion ein mindestens halbjährlich stattfindender Gesprächskreis vereinbart, um einen besseren Informationsaustausch zur Fraktion und zurück in die Kreisvorstände zu gewährleisten. Das erste Treffen fand am 12. November 2008 zu den Themen Tarifrecht, Mindestlohn, Industrieentwicklung und Bildungsurlaubsgesetz unter großer Beteiligung statt. Die AfA-Bundeskonferenz in Kassel 2008 wurde inhaltlich vorbereitet mit Anträgen und die 13 SH-Delegierten brachten den „Roten Faden der sozialen Gerechtigkeit“ dort ein.

Am 4.11.2006 führten wir für die AfA-Landesverbände SH, MeVo, Hamburg, Bremen und Weser-Ems die schon fünfmal stattgefundene AfA-Regionalkonferenz in Bad Oldesloe als Ausrichter durch. Ca. 70 TeilnehmerInnen diskutierten zu den Themen Sozialpolitik, Steuern und Rente mit Ralf Stegner, Franz Thönnies, Claus Möller und Klaus Barthel. Es wurde eine öffentliche Erklärung zum Thema: „Gerechtigkeit statt Privatisierung sozialer Risiken. Für Ausbildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit“ verabschiedet.

Wolfgang Mädels

E-Mail: wolfgang.maedel@igmetall.de

Telefon: 0431-51951258, www.afa.spd-net-sh.de

Foto: Delegierte zum AfA-Bundeskongress 2008



Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus

Auf der ordentlichen Landeskonferenz der AG60plus in Neumünster am 01.10.2008 wurde Gertrud Ehrenreich erneut zur Vorsitzenden gewählt.

Der Vorstand besteht weiterhin aus acht gleichberechtigten Beisitzern: Günther Blödorn, Bernd Grotkopp, Hans-Peter Iversen, Siegfried Reuter, Anke Rönnau, Ilse Schumacher, Erika Wallbaum, Detlef von Schlieben.

Die Landesvorstandsmitglieder treffen sich regelmäßig alle 6 Wochen, zusätzlich zusammen mit den Kreisvorsitzenden von 60plus vierteljährlich.

Am Bundeskongress 60plus 2007 in Aschaffenburg, der unter dem Motto „Solidarisch und gerecht: Generationen gestalten gemeinsam“ stand, wurden zahlreiche Anträge gestellt und bearbeitet, u.a. zum Grundsatzprogramm, zur Lebensqualität im Alter und zur Organisationspolitik. Aus Schleswig-Holstein nahmen 13 Delegierte teil. Im Bundesausschuss der 60plus ist Schleswig-Holstein mit zwei Delegierten vertreten.

Schwerpunkt im Berichtszeitraum war der „Tag der älteren Generation“, der immer am 1. Mittwoch im April stattfindet.

2008: „Jung und Alt gegen Rechts“ - es kam in vielen Kreisen zu gemeinsamen Veranstaltungen, Wandzeitungen und Marktinfos.

2009 heißt das bundesweite Thema: „Unser Europa - Sozial, sicher solidarisch“.

Zwei Seminare befassten sich mit dem „Grundsatzprogramm der SPD“ und mit dem Pflegegesetzbuch sowie der Pflegeberatungsstellen. Die Problematik des Pflegegesetzbuches zog zwei Regionalkonferenzen nach sich.

Das Jahr 2009 ist geprägt von der Europawahl, der Bundestagswahl und diversen Bürgermeisterwahlen in der es vor allem gilt, unsere Wähler zu mobilisieren.

Die landesweite Zusammenarbeit aller AGs weitet sich aus und bringt hoffentlich eine engere Zusammenarbeit und größere Schlagkraft.

Die AG 60plus setzt sich nach wie vor für eine generationenübergreifende Politik ein, in der ältere Mitbürger als gleichberechtigte Partner anerkannt werden.

Gertrud Ehrenreich

www.spd-schleswig-holstein.de/60plus

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Der AfB Landesvorstand trifft sich regelmäßig zehn Mal im Jahr. Die zentralen Themen ergaben sich aus den Fragen zur Schulpolitik und zur Lehrerbildung. Die Vorstandsmitglieder nahmen in verschiedener Besetzung an öffentlichen Podiumsdiskussionen und Parteiveranstaltungen in SH und auch bei der AfB in Hamburg teil. Die Resonanz auf unsere Grundsätze, gebührenfreies Lernen vom Kindergarten bis zum Berufsabschluss, war stets positiv, auch wenn Skepsis wegen der Finanzierbarkeit vorgetragen wurde. Der Landesvorstand wurde oft auch zur Regionalschule befragt, obwohl inzwischen jeder weiß, dass die AfB sich für eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler einsetzt. Die Gemeinschaftsschule ist ein wichtiger notwendiger Schritt zu deutlich mehr Bildungsgerechtigkeit und wird sich in der Oberstufe als ebenso leistungsfähig wie das Gymnasium erweisen. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene weiter für die Idee des gemeinsamen längeren Lernens einsetzen und wollen eine Gemeinschaftsschule, die als gebundene Ganztagschule die Chancen der Kinder und Jugendlichen gestaltet. Chancengerechtigkeit muss realisiert werden, ohne dass das Einkommen der Eltern oder deren Geburtsort eine Rolle spielt. Vorstandsmitglieder waren im Radio und im Fernsehen als Interviewpartner präsent und zeigten auf, dass die SPD die bessere Schulpolitik macht.

Der AfB-Bundesvorstand wird von der AfB SH gedrängt, sich für eine einheitliche Linie bei der Lehrerbildung und bei der Ausgestaltung des Arbeitsplatzes in allen Gremien der SPD einzusetzen. Die universitäre Lehrerbildung muss den internationalen Standards angepasst werden, wobei die AfB fordert, eine Lehrerbildung zu implementieren, die an den Anforderungen der Gemeinschaftsschule ausgerichtet ist. Das Studium muss generell gebührenfrei sein!

Der AfB Landesvorstand hat an Veranstaltungen anderer Arbeitsgemeinschaften und innerparteilicher Gremien, zum Beispiel der SGK, dem Parteirat, dem Landesvorstand usw., aktiv teilgenommen. Dabei wurde deutlich, dass die AfB-Themen SPD-Themen sind und im Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe die Themen auch transportiert werden müssen. Fast alle AfB-Mitglieder sind zudem kommunalpolitisch oder landespolitisch eingebunden, sind Lehrer, Eltern, Studenten und eben Bildungsinteressierte. Die AfB steht weiter zur Unterstützung bereit.

Hajo Hoffmann
E-Mail: hajo.hoffmann@gmx.de
www.afb.spd-schleswig-holstein.de
www.gemeinschaftsschule-sh.de



Foto: Hajo Hoffmann auf dem AfB-Bundeskongress 2008

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Infolge der Neuwahlen auf der Landesfrauenkonferenz am 15. November 2008 in Flensburg besteht der ASF-Landesvorstand nun aus: Cornelia Östreich (Vorsitzende), Bärbel Juister und Regina Selke (Stellv.), Gerlinde Böttcher (Protokoll), Christiane Lescau, Snejina Lorenz, Ulrike Opravil, Barbara Philippen und Mechthild Schweitzer.

Der Vorstand tagte regelmäßig und organisiert sich konsequent arbeitsteilig auf den verschiedensten Politikfeldern.

Die ASF tagte mehrmals zusammen mit dem AK Frauen der SPD-Landtagsfraktion und besuchte zudem Sitzungen der Fraktion, des AK Wirtschaft, des AK Europa u.a.m.

Der Kontakt zu Frauenministerin Ute Erdsiek-Rave bezog sich im Berichtszeitraum vor allem auf die Frage der Gleichstellungsbeauftragten; auch gab es 2007/08 mehrere Jubiläen für die Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die gute Zusammenarbeit mit Sozialministerin Gitta Trauernicht werden wir auch ohne formelle Mitgliedschaft im Vorstand nicht abreißen lassen!

Der ASF-Landesvorstand zeigt regelmäßige Präsenz bei den Sitzungen des SPD-Landesvorstandes und wird seinerseits von Mitgliedern des SPD-Landesvorstandes – einschließlich des Landesvorsitzenden - gut betreut.

Auf ursprüngliche Initiative der ASF finden weiterhin regelmäßige Treffen der SPD-Landesarbeitsgemeinschaften statt, wobei jeweils die einladende AG und die Moderation wechseln.

An allen drei „Zukunftskonventen“ der SPD SH war die AsF beteiligt.

Die AsF war auf jedem SPD-Landesparteitag im Berichtszeitraum mit ihren inhaltlichen Anträgen erfolgreich.

Seit der Bundeskonferenz 2008 ist Cornelia Östreich Mitglied im AsF-Bundesvorstand. Die AsF ist aktives und kritisches Mitglied im Landesfrauenrat.

Einige „Highlights“:

- Mitarbeit am neuen Gleichstellungskapitel für den SPD-Programmparteitag 2007
- Landesfrauenkonferenz 2007 unter Mitwirkung von Lissy Gröner (MdEP)
- in 2008 mehrfach „Nachricht der Woche“ auf www.spd-net-sh.de
- Stellungnahmen im parlamentarischen Anhörungsverfahren zu einer geplanten Wahlrechtsänderung, sowie zur „Großen Anfrage“ von Sandra Redmann (MdL) zur Frauen- und Gleichstellungspolitik.
- AsF-Stand ist Publikumsrenner beim „SPD-Familienommer“ am 20. Juli 2008 in Trappenkamp!
- historische Performance im Rahmen der Festveranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ am 12. November 2008 im Landeshaus
- frauenpolitische Diskussionsveranstaltung in der Kieler „Pumpe“ am 18. Januar 2009 mit Ralf Stegner, zahlreichen Fachreferentinnen und großem Publikum

Cornelia Östreich

Telefon: 0451/284699

E-Mail: c-t.oestreich@t-online.de

www.asf.spd-schleswig-holstein.de

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

In der ASG Schleswig-Holstein engagieren sich Genossinnen und Genossen aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden und Krankenversicherungen. Das Arbeitsfeld der ASG ist die gesamte Gesundheitspolitik. Auf diesem Gebiet nimmt die ASG politische Aufgaben in der Partei und in der Öffentlichkeit wahr. Sie trägt zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in der SPD und in der Gesellschaft bei.

Neben der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hat sich die ASG im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit der Gesundheitsreform (GKV-WSG) beschäftigt. Während die durch das GKV-WSG beschlossenen Strukturveränderungen weitgehend unterstützt wurden, hält die ASG den Gesundheitsfonds für ungeeignet, die nachhaltige Sicherung der GKV-Finanzierung zu gewährleisten. Deshalb tritt die

ASG weiterhin für eine Krankenversicherungs-Finanzreform im Sinne einer Bürgerversicherung ein.

Im April 2007 wurde eine landesweite Fachtagung zur geplanten Gesundheitsreform (GKV-WSG) durchgeführt. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner diskutierten Experten aus den Bereichen Krankenkassen, Ärzte, Krankenhäuser und Pflege über Erwartungen an die Gesundheitsreform.

Im Berichtsjahr 2008 stand die Beratung über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung im Mittelpunkt. Besonders erfreulich ist dabei, dass es der SPD gelungen ist, flächendeckend Pflegestützpunkte einzurichten und die Leistungen der Pflegeversicherung zu verbessern.

An der ordentlichen Mitgliederversammlung am 9. September 2008 nahm der ASG-Bundesvorsitzende Armin Lang teil. Kernthema war die Diskussion über die Zukunft der GKV. Zum neuen ASG-Landesvorsitzenden wurde Andreas Hering gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende, Dietmar Katzer, hatte nicht erneut für das Amt kandidiert. Beisitzer sind: Juliane Dürkop, Wolfgang Hiller, Arno Jahner, Dietmar Katzer, Michael Parbs-Dalitz, Reiner Schramm und Frank Vilsmeier.

Auf der ASG-Bundeskonferenz im November 2008 stand die Formulierung von Eckpunkten für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitssystem in Deutschland und die Einführung einer Bürgerversicherung im Vordergrund. Wolfgang Wodarg, MdB, und Ingrid Rehwinkel vertreten die ASG Schleswig-Holstein im Bundesvorstand.

Andreas Hering

Telefon: (04321) 400912, Fax: (04321) 492117

E-Mail: Andreas-Hering@foni.net

Foto: Andreas Hering



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Im September 2007 wurden auf der ordentlichen Landeskonferenz in Kiel Falk Stadelmann erneut zum Landesvorsitzenden und Inga Gerlach (KI), Elen Jochens (KI), Dr. Ulf Kämpfer (KI), Andy Mitterer (PI) und Dr. Joachim Reimann (RD) zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Auf den Landesparteitagen war die ASJ durch einen beratenden Delegierten vertreten und nahm durch mehrere Vertreter an den Sitzungen der Bundesgremien der ASJ teil. Die ASJ führte regelmäßig parteiöffentliche Landesvorstandssitzungen durch.

Inhaltlich hat sich die schleswig-holsteinische ASJ u.a. mit sozial- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen befasst. Sie hat Initiativen auf Bundesebene der ASJ durchgesetzt, die die Aufnahme von Bestattungsvorsorgeaufwendungen in das sozialrechtliche Schonvermögen fordern, und sie hat eine Musterinitiative für alle kommunalen Fraktionen der schleswig-holsteinischen SPD entworfen, um unbefugtes Auslesen von Reisepassdaten aus den neuen elektronischen Reisepässen zu verhindern.

Im November 2007 richtete die ASJ den II. Zukunftskongress in der schleswig-holsteinischen SPD „Gesellschaftliche Mehrheiten – politische Koalitionen“ mit Prof. Gesine Schwan und Prof. Frank Decker und im November 2008 den III. Zukunftskongress „Unsere Mediendemokratie – wie beeinflussen die Medien Politik und Gesellschaft?“ mit Nikolaus Blome und Prof. Jobst Plog mit aus.

Im Rahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit hat der schleswig-holsteinische ASJ-Landesvorstand allen SPD-Kreisverbänden, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften einen Vortrag über die Folgen der Föderalismusreform und die Auswirkungen auf die praktische sozialdemokratische Politik angeboten.

Im Sommer 2009 findet die nächste ordentliche Landeskonferenz statt, auf der ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

Falk Stadelmann
E-Mail: falk@stadelmann.net

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)

Auf der ordentlichen Landeskonferenz der AGS wurde im März 2008 ein neuer Landesvorstand gewählt. Erstmals nach fast einem Jahrzehnt des Stillstands fanden sich so viele interessierte Unternehmer/innen und Selbständige, dass ein vollständiger 10-köpfiger Landesvorstand unter dem Vorsitz von Sven Kaerkes (KV Rendsburg-Eckernförde) gewählt werden konnte.

Weitere Mitglieder sind als stellvertretende Vorsitzende Dr. Imke Röhl (KV Schleswig-Flensburg) und Christian Schröder (KV Kiel) sowie als Beisitzer Jörg Rüdell, Jürgen Hahn (jeweils KV Kiel), Thomas Neddermeyer, Peter Gottschalk (jeweils KV Pinneberg), Dr. Thiemo Lüße (KV Rendsburg-Eckernförde), Wolfgang Neitzel (KV Lauenburg), Wolfgang Gehrke (KV Plön).

Zu den ersten Aufgaben, die der Landesvorstand in Angriff genommen hat, gehört insbesondere eine bessere Information der Mitglieder und Interessierten. Hierzu hat der AGS-Landesvorstand den Internetauftritt überarbeitet und will diesen zukünftig zu einem Diskussionsforum ausbauen. Zudem ist die Herausgabe von einem quartalsweise erscheinenden Newsletter geplant. Die ersten beiden Exemplare sind bereits Ende 2008 und Anfang 2009 erschienen und online unter www.ags-schleswig-holstein.de abrufbar.

Der AGS-Landesvorstand will aber auch aktiv in die anstehende Debatte um das Landtagswahlprogramm eingreifen und als mitgliederstärkste Unternehmerorganisation aller politischen Parteien ihren wirtschaftspolitischen Sachverstand in die Partei einbringen.

Zu den ersten Themen, zu denen Positionspapiere von einzelnen Landesvorstandsmitgliedern erarbeitet wurden, zählen die Energiepolitik sowie der Bereich Privatisierung.

Die AGS will sich zudem mit aktuellen und informativen Veranstaltungen nach außen Gehör verschaffen. So wurden Anfang Januar 2009 mit einer ersten öffentlichen Veranstaltung zum Thema Finanzkrise mit dem Präsidenten der Bundesbankniederlassung Hamburg, Dr. Rolf Eggert, über 50 Interessierte erreicht.

Die AGS wird organisatorisch von Susanne Lustig unterstützt, die für alle Fragen rund um die Arbeit der AGS zur Verfügung steht.

Redaktion@AGS-Schleswig-Holstein.de

Jungsozialisten

„Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer!“

Die Jusos Schleswig-Holstein haben im Berichtszeitraum wie gewohnt auf vielerlei Ebenen aktiv gewirkt. Auf Bundes- und internationaler Ebene stechen hervor der Besuch des IUSY-100-Festivals in Berlin, die einwöchige Betreuung von 10 Mitgliedern der Fatah-Jugend im Sommer 2008 und die erfolgreiche Einbringung und Vernetzung auf Bundesebene - insbesondere auch durch Yves-Christian Stübe (Landesvorsitzender bis November 2008), den die Jusos für die Bundesparteiratsdelegation demzufolge klar unterstützen.

Die „Rote Küste“ wurde als „echte“ Zeitung wiederbelebt und erschien auch gedruckt. Hier werden wir noch mehr Zeit investieren.

Bei der Kommunalwahl 2008 sind viele Jusos in Ämter gewählt worden, dies wirkt sich positiv auf unsere inhaltliche Arbeit aus. Diese wird insbesondere verfestigt in den drei Projektgruppen („Gesellschaft gestalten!“, „Internationale Solidarität!“ und „Kampagnen entwickeln!“) des Juso-Landesverbandes, welche regelmäßig, unter anderem auch im Rahmen der sehr beliebten „Roten Wochenenden“, tagen und neue Ideen entwickeln.

Neu eingeführt wurde ein AK Rechtsextremismus, um dieses wichtige Thema landesweit vernetzt zu bearbeiten und Demos in Lübeck oder Dresden vorzubereiten. Zu einigen Demos gegen rechts haben die Jusos mit aufgerufen und diese dann auch zahlreich unterstützt, zuletzt in Kiel am Tag vor der Kommunalwahl.

Zudem haben wir mit „Vorwärts, Genossin!“ ein Projekt gestartet, um für mehr aktive weibliche Jusos zu werben. 25% weibliche Mitglieder, davon nicht alle aktiv, das sind für uns unhaltbare Zustände!

Bemerkenswert ist sicher, dass es bis 2008 gelungen ist, den arg angeschlagenen Jusohaushalt völlig zu sanieren. Dies ist auch der Disziplin und Verzichtsbüßung von engagierten Jusos zu verdanken.

An der Parteiarbeit haben sich die Jusos unter anderem durch Unterstützung der Zukunftskongresse beteiligt, aber auch durch erfolgreiche Anträge in den unterschiedlichsten Gremien. Wir verstehen uns weiter als wichtiges fortschrittliches Korrektiv in allen Ebenen unserer Mutterpartei.

Dem aktuellen Landesvorstand (gewählt im November 2008) gehören als gewählte Mitglieder an: Anne-Christin Heinrich (Vorsitzende), Stephan Voß, Ulrike Jürgens, Jens Langejürgen, Mike Hörster, Hermann Alexander Bock, Ruben Rehr (StellvertreterInnen).

Anne-Christin Heinrich
E-Mail: a.heinrich@jusos-sh.de
www.jusos-sh.de



Foto: Der Jusos-Landesvorstand

Schwusos

2007 waren die Schwusos wieder auf dem Christopher-Street-Day (CSD) mit einem Stand sowie einer Fußgruppe mit Schwusos-Fahnen vertreten und machten auch mit ihrem Flyer und Give-Aways auf sich aufmerksam. Die Zusammenarbeit mit dem CSD e.V. wurde vertieft und auch mit der HAKI e.V. bestand eine enge Zusammenarbeit.

An regelmäßig stattfindenden Sitzungen wurde am bundesweiten Arbeitsprogramm der Schwusos gearbeitet, welches dann in Hamburg Anfang 2008 zusammengetragen und verabschiedet wurde. Zur Bundeskonferenz der Schwusos in Hamburg am 16./17.02.2008 entsandte der AK SH vier Delegierte: Anja Vogel, Anita Stoof, Swenja Robinius und Klaus Jürgen Minuth. In Hamburg wurde die Landesvorsitzende Swenja Robinius wieder in den neuen Bundesvorstand gewählt.

- Die Schwusos unterstützten den Wahlkampf von Swenja Robinius zur Kommunalwahl und beteiligten sich an Verteilaktionen, Infoständen, Plakatierungen und nächtlichem Plakatieren.
- Am 11.04.2008 wählten die schleswig-holsteinischen Schwusos ihren neuen Landesvorstand, bei dem Swenja Robinius als Vorsitzende bestätigt wurde. Des Weiteren wurden Dominique Gloe und Klaus Jürgen Minuth als ihre StellvertreterIn gewählt. Beisitzer wurden: Anita Stoof, Klaudia Herbst, Carolina Koehn und Anja Vogel.
- An der Demonstration gegen Rechts in Kiel am 24.05.2008 nahmen die Schwusos mit ihren Fahnen teil.
- 2008 nahmen die Schwusos erneut am CSD in Kiel mit einem Stand und einer Fußgruppe teil. Wir konnten Ingrid Lietzow wieder für eine Rede auf der CSD-Bühne gewinnen.
- Am 08.07.2008 konnte der Landesparteirat dem Antrag der Jusos, unterstützt von dem AGs 60plus

und AsF, zustimmen, dass die Landes-Schwusos die Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft erhalten. Zur Sitzung selbst waren Swenja Robinius, Dominique Gloe und Klaudia Herbst erschienen, um das Anliegen auch mündlich zu bekräftigen. Wir begrüßen es sehr, dass der Landesparteirat dem Antrag zugestimmt hat und bedanken uns auch bei der Unterstützung durch die anderen AGs.

■ Neben den regelmäßigen Treffen, die vorrangig im Parteihaus stattfanden, besuchten Swenja Robinius, Dominique Gloe und Klaudia Herbst auch die Landes-AsF-Sitzung im Herbst und besprachen dort eine engere Vernetzung mit den Frauen.

■ Vor Weihnachten konnten wir den scheidenden Juso-Landesvorsitzenden Yves Stübe bei einer unserer Vorstandssitzungen begrüßen, wobei es zu einem regen Gespräch kam, bei dem uns Yves wichtige Tipps und Hilfe anbot. Auch hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den Jusos geplant. Weitere Treffen mit den anderen AGs sind geplant.

Swenja Robinius
Swenja.Robinius@schwusos-sh.de
www.schwusos-sh.de

Gesprächskreis SPD & Kirchen

Der SprecherInnenkreis in der Zusammensetzung Irmgard Asbahr, Willi Bargmann, Claus Blandow, Rolf Fischer, Ulrich Kattau, Waltraud Kortum, Pastor Joachim Liß-Walther, Gerhard Nowak, Klaus-Dieter Raddatz, Alfred Schulz, wurde von der Vollversammlung am 29.09.2007 gewählt.

Oberkirchenrat Kurt Triebel (NKA) nimmt die Koordinierungsaufgaben als Beauftragter der Kirchenleitung in Zusammenarbeit mit dem SPD-Landesverband wahr.

Der SprecherInnenkreis hat sich in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig getroffen und eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, er hielt zudem kontinuierlich Kontakt zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie zu den SPD-Gremien auf Bundes- und Landesebene. Über den kirchenpolitischen Sprecher Rolf Fischer bestand Kontakt zur Landtagsfraktion, durch Serpil Midyatli zum Landesvorstand. Im Berichtszeitraum fanden fünfzehn Sitzungen des SprecherInnenkreises überwiegend im Haus des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) in Kiel statt.

Themen, Schwerpunkte, Politik

1. Seminare:

■ 29.06. bis 01.07.2007 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente: „Die Macht der Globalisie-

rung wider die Würde des Menschen“ mit MdB Ernst Dieter Rossmann, Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani, Pfarrer Dieter Broxtermann, Klaus Mehrens (IG-Metall).

■ 13.06. bis 15.06.2008 in Bad Malente: „Migration und Integration heute“ mit Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Pn. Elisabeth Hartmann-Runge, Ökumenische Beziehungen im Kirchenkreis Lübeck, Serpil Midyatli, AK Migration, Dr. Michael Bürsch, MdB.

2. Sonstige vom AK durchgeführte Veranstaltungen:

■ 29.09.2007 Mitgliederversammlung in der Ev. Luth. Kirchengemeinde in Neumünster-Einfeld.

■ 08.02.2008 „Klimaschutz, eine ethischen Verpflichtung und ein Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung“ in Kiel.

■ 10.12.2008 „Die Situation der Roma in Europa und der Sinti in Deutschland“ in Kiel.

3. Veranstaltungen, an denen Mitglieder des SprecherInnenkreises teilnahmen:

■ Mai 2007: Evangelischer Kirchentag in Köln

■ 27.08.2007: Kontaktgespräch Kirchenleitung der NEK mit dem SPD-Landesvorsitzenden.

■ Oktober 2007: Bundesparteitag in Hamburg

■ 25.04.2008: „Die Würde der Arbeit“ in Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion mit dem AK Christinnen und Christen in der SPD in Berlin

■ 25./26.04.2008: Klausurtagung des AK in Berlin
Sitzungen des Landesvorstands und des Landesverbands-AK ‚Migration‘ in Kiel

4. Sonstiges:

■ Antrag „Flüchtlinge und Migration“ an den Landesparteitag in Lübeck

■ Der Arbeitskreis hat sich aktiv an der Gründung/Aktivierung des „Arbeitskreises SPD-Kirchen und andere Religionsgemeinschaften“ auf der Bundesebene beteiligt. Rolf Fischer, Gerhard Nowak und Willi Bargmann sind Ansprechpartner in Schleswig-Holstein.

■ Der Arbeitskreis hat sich mit den „Kirchenpolitischen Leitlinien“ der Kieler SPD beschäftigt und wird auch an den angekündigten Veranstaltungen des Kreisverbandes „Alle an einen Tisch“ teilnehmen. Es wird versucht, diese Initiative auch in anderen Städten, z.B. Lübeck, bekannt zu machen.

■ Der Arbeitskreis diskutierte die von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachte Große Anfrage zur „Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein“ und beschäftigte sich mit programmatischen Schriften der Evangelischen Kirche, der Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.

Willi Bargmann
E-Mail: Willi.Bargmann@gmx.de

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Die SGK-Schleswig-Holstein vertritt als eingetragener Verein die Interessen der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Vorsitzender ist weiterhin Andreas Breitner (Bürgermeister der Stadt Rendsburg). Geschäftsführer sind Gerhard Schulz und Thies Thiessen. Die Geschäftsstelle ist im SPD-Büro in Schleswig. Der Vorstand trifft sich monatlich in der SPD-Landesgeschäftsstelle. Er hält insbesondere intensiven Kontakt mit der SPD-Landtagsfraktion, dem SPD-Landesvorstand und den SPD-Ministern. Die SGK-Schleswig-Holstein wird im Vorstand der Bundes-SGK durch Harald Rentsch und Andreas Breitner (kooperiert) vertreten.

Intensiv waren die Vorbereitungen zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008. Im Ergebnis konnte die SPD landesweit **das Wahlergebnis von 2003 nicht verbessern**, die absoluten Mehrheiten der CDU sind aber in vielen Kommunalvertretungen gebrochen, dies liegt meistens an den „bunten“ zusammengesetzten Vertretungen, aber in einigen Gemeinden auch an einer erstarkten SPD. Die Anzahl der Bürgervorsteher konnte erheblich gesteigert werden.

Erfreuliches gibt es bei den Direktwahlen zu vermelden, so sind im letzten Jahr sechs neue Hauptverwaltungsbeamte gewählt worden, die der SPD angehören. Die Beratung der Kandidaten, Ortsvereine und Fraktionen wird durch Thies Thiessen organisiert.

Auf einer SGK-Fachtagung im April 2008 mit dem Titel „Auf dem Weg in ein familienfreundliches Schleswig-Holstein“ konnte mit den Unterthemen „Kommunalpolitiker machen Schule“ und „Betreuung unter drei“ der Kommunalwahlkampf inhaltlich unterstützt werden. Die zweite Fachtagung zum Thema „Kommunalisierung von Energie“ im November 2008 bereitete die inhaltliche Diskussion um die Revitalisierung kommunaler Daseinsvorsorge und die künftige Ausgestaltung der Konzessionsverträge vor.

Zur Information ihrer Mitglieder gibt die SGK viermal im Jahr die Regionalbeilage in der Demokratischen Gemeinde heraus. Die Seminarreihe „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ ist fester Bestandteil der Arbeitsplanung. Das Netzwerk der hauptamtlichen Bürgermeister trifft sich in unregelmäßigen Abständen.

SGK-Schleswig-Holstein
E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de
WWW.SGK-SH.de



Foto: Auf der SGK-Fachtagung „Back to the roots - Kommunalisierung von Energie“, 19.11.08; v.l.n.r.: Andreas Breitner, Roland Schäfer (Bürgermeister Bergkamen, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), Ursula Pepper (Bürgermeisterin Ahrensburg), Jörn Schnutenhaus (Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht Rechtsanwälte Schnutenhaus & Kollegen, Berlin)

umWeltforum

Das umWeltforum hat im Berichtszeitraum seine Arbeit als „Anwalt der umWelt“ fortgesetzt. Auf öffentlichen Foren wurden u.a. Fragen der „grünen“ Gentechnik und des Klimawandels erörtert. In der vierteljährlich tagenden Lenkungsgruppe mit seinen Sprechern Stefan Bolln (Landesvorstand) und Konrad Nabel (Umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion) engagieren sich auch Vertreter der Umweltverbände und Mitarbeiter wichtiger Verwaltungen auf allen Ebenen. Ufo-Mitglieder engagieren sich auch wieder verstärkt in den Foren Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz und Landwirtschaft und dem Gesprächskreis Energie des Parteivorstands in Berlin. Geschäftsführer ist seit der Gründung des ufo 1996 Eckart Kuhlwein.

Themen der Sitzungen waren u. a. verschiedene Aspekte der Energiepolitik wie z. B. die SPD-Haltung gegenüber geplanten neuen Kohlekraftwerken, die EEG-Novellierung, das Repowering von Onshore-Anlagen, regenerative Kombikraftwerke, Vorrang für Erdkabel, die Meldungen des Landes für Natura 2000 nach Brüssel, die Neuorganisation für die Landesforsten, die Fehmarnbelt-Querung. Zum Thema CO₂-Speicherung (CCS) haben wir eine sehr kritische Stellungnahme erarbeitet, die zu dem Ergebnis kommt, dass diese Technologie nicht zukunftsfähig sein wird.

Für die Landespartei (Parteitag September 2007) sind in einem umfassenden Beteiligungsprozess innerhalb einer Arbeitsgruppe Energie „Energieleitlinien der SPD Schleswig-Holstein“ vorgelegt und beschlossen worden. Im Kern gehörten dazu die Beendigung der Nutzung fossiler Brennstoffe in diesem Jahrhun-

dert, Dezentralisierung und Kapitalismus-Frage, ökologische Bedingungen für den Anbau von Biomasse, ein Anschluss- und Benutzungszwang für regionale Fernwärme und eine deutliche Aussage zum Atomausstieg.

Die in unserer Arbeitsgruppe „Ländliche Räume und Landwirtschaft“ entwickelten Leitlinien zur Gestaltung des Ländlichen Raums haben wir als Antrag zum Parteitag im November eingebracht. Leider wurden diese im Landesvorstand bzw. Landesparteitag noch nicht diskutiert. Auf dem Bundesparteitag in Hamburg haben wir uns ebenfalls mit eigenen Beiträgen zum neuen Grundsatzprogramm unserer Partei beteiligt.

Viel Raum nahm die bessere Verzahnung der Landes- und Kommunalpolitik ein. Hilfreich war dabei der gute Draht zu den Fraktionen in Kreis- und zu den Verbänden auf Kreis- und Landesebene. Zusammen haben wir die Flyer „Den ländlichen Raum stärken“ und „Klimaschutz ist machbar“ gestaltet, die beim Landesverband, aber auch in den Kreisgeschäftsstellen und bei den Landtagsabgeordneten bestellt werden können. Ein großer Erfolg wurde die Mitte 2006 angestoßene Veranstaltungsreihe zum Al Gore-Film „Eine unbequeme Wahrheit“. Bis zum Ende 2009 wurden und werden über 25 regionale Veranstaltungen durchgeführt.

Wie wichtig das Thema Umwelt und Energie für die SPD Schleswig-Holstein wieder geworden ist, zeigt, dass wir im Jahre 2007 bei der Jahresauftaktkonferenz in Rendsburg eine zentrale Rolle gespielt haben, und dass die Landtagsfraktion und der Landesverband in das Jahr 2009 mit einer sehr gut besuchten Konferenz zum Thema Energie mit MdB Hermann Scheer und Prof. Olav Hohmeyer (siehe Foto) gestartet sind. Die dabei vorgestellten kommunalen Leuchtturmprojekte aus Schleswig-Holstein sollen den Anstoß für neue kommunale Energiekonzepte geben. Dabei haben wir zur Mitarbeit in der neuen Projektgruppe „Nachhaltige Energiewirtschaft“ aufgerufen, an deren Spitze MdL Olaf Schulze steht.

Unser Anstoß für einen Energiedialog aller norddeutschen SPD-Landesverbände und der Gewerkschaften hat inzwischen zu konkreten Verabredungen geführt. Der Norddeutsche Energiedialog wird von Claus Möller geleitet.

Im Jahr 2009 steht für uns das Thema Biodiversität im Mittelpunkt. Wir bedanken uns für die große Unterstützung bei allen Beteiligten!

Eckart Kuhlwein
kuhlwein@naturfreunde.de



Foto: MdB Hermann Scheer und Prof. Dr. Olav Hohmeyer auf der Energiekonferenz im Landeshaus im Januar 2009

Forum Familie

Das Forum Familie wurde im Januar 2008 durch Gesa Tralau reaktiviert. Das ursprüngliche Kernteam setzte sich zusammen aus Gesa Tralau (Sprecherin des Forum Familie), Ulrike Rodust (MdEP), Wolfgang Baasch (MdL), Serpil Midyatli (Mitglied im SPD-Landesvorstand), Bärbel Juister, Friedhard Temme, Wolf Brühan und Simone Lange. Zwischenzeitlich ist unser Verteiler auf über 50 Personen angewachsen.

„Familie“ - und in diesem Zusammenhang die soziale Absicherung - ist eines der zentralen Themen der Zukunft. Wir wollen dem Thema „Familie“ mehr Gewichtung innerhalb der Politik verschaffen. „Familie“ ist kein Randthema, das vorrangig dann behandelt wird, wenn es Einsparmöglichkeiten gibt.

Das Forum Familie führte regelmäßige parteiöffentliche Sitzungen durch. Themen waren u.a: Kinderarmut, Alleinerziehende, Bildung, Chancengleichheit u.v.m.

Eines unserer Ziele ist auch die Unterstützung von Projekten vor Ort. Deshalb fand unsere Sitzung im Oktober 2008 im „Haus der Familie“ in Flensburg statt. Diesem Ziel werden wir auch weiterhin treu bleiben und mit unseren Sitzungen Projekte in Schleswig-Holstein kennenlernen und unterstützen. In 2009 ist eine erste Klausurtagung des Forums geplant.

Für unsere Ziele brauchen wir Verbündete, darum halten wir ständigen Kontakt zu den Vereinen und Verbänden in Schleswig-Holstein.

Zu unseren Aufgaben gehört auch die Planung, Organisation und Durchführung des Familiensommers der SPD Schleswig-Holstein. Der Familiensommer ist zwischenzeitlich zu einer der größten Veranstaltungen der SPD Schleswig-Holstein herangewachsen

und nimmt viel unserer Zeit in Anspruch. Wir konnten für Aktionen vor Ort u.a. den Deutschen Kinderschutzbund, die AWO, MdLs, MdBs, die AsF, den OV Trappenkamp u.v.m. als Unterstützer gewinnen. Darüber hinaus gelang es uns auch, viele Sponsoren zu gewinnen. Die nächste Veranstaltung ist bereits in Planung und wird am 19. Juli 2009 in Trappenkamp stattfinden.

Für die Zukunft hoffen wir auf einen steten Zuwachs der Interessierten am Forum Familie der SPD Schleswig Holstein!

Gesa Tralau
Gesa.Tralau@spd-sh.de



Arbeitskreis Migration, Integration und Flüchtlinge

In erster Linie wurde ab Mitte 2007 versucht, den ehemaligen AK Migration beim SPD-Landesverband zu reaktivieren, was auch teils gelungen ist, es wurden einmal im Monat AK-Sitzungen abgehalten. In diesen Sitzungen wurden Veranstaltungen organisiert, um auf die Arbeit des AK aufmerksam zu machen.

Die erste Veranstaltung hat am 17.01.08 stattgefunden zum Thema „Doppelte Staatsbürgerschaften“ mit Ralf Stegner und Vertretern aus Migranten-Vereinen und Verbänden. Die Veranstaltung war sehr erfolgreich und es gab entsprechendes Echo in der Presse.

Die zweite Veranstaltung, die der AK Migration veranstaltet hat, war für die schleswig-holsteinische SPD eher ungewöhnlich: Zum ersten Mal hat der SPD Landesverband zum „Fastenbrechen“ eingeladen. Dieses Essen fand am 24.09.08 statt. Die Veranstaltung fand einen großen Zuspruch bei Migranten-Vereinen und Verbänden sowie den verschiedenen Religionsgemeinschaften. Es wurde beschlossen ein Fastenbrechen der Landes SPD jedes Jahr durchzuführen.

Durch meine Zusammenarbeit mit dem SprecherInnen Kreis SPD und Kirchen hat ein Seminar in Malente zum Thema „Integration und Migration“ im Juni 2008 stattgefunden.

Im Februar 2009 ist eine Veranstaltung mit Uwe Döring, Torsten Albig und Gerwin Stöcken zum Thema Arbeit geplant. Bei der Veranstaltung wird es in erster Linie um Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund gehen.

Serpil Midyatli
Serpil.Midyatli@spd-sh.de

Foto: Ralf Stegner und Serpil Midyatli beim Fastenbrechen



Die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion

Von Dr. Ralf Stegner,
Fraktionsvorsitzender

Die große Koalition arbeitet nunmehr seit fast vier Jahren in Schleswig-Holstein. Die Bilanz ist durchwachsen. Viele größere Projekte sind inzwischen abgeschlossen, andere stocken. Ein wichtiges Projekt mussten wir ganz absagen, da sonst eine Kreisgebietsreform gekommen wäre, die den Namen nicht verdiente, unseren diesbezüglichen Handlungsspielraum aber auf Jahrzehnte hinaus verbaut hätte. Fest steht, dass mit dieser CDU keine durchgreifenden Verwaltungsstrukturreformen zu machen sind und wir in den meisten anderen Bereichen um kleinste Fortschritte kämpfen müssen.

Bis Mitte Januar 2008 führte Lothar Hay die Fraktion. Dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehörten ferner Jürgen Weber und Jutta Schümann als Stellvertreter, Holger Astrup als Parlamentarischer Geschäftsführer, Anette Langner als Beisitzerin und Ingrid Franzen als Vizepräsidentin des Landtags an. Zum Fraktionsvorstand, der ebenso wie der Geschäftsführende Fraktionsvorstand wöchentlich tagt, gehören die Vorsitzenden der acht Arbeitskreise. In dieser Legislaturperiode hat die SPD den Vorsitz im Finanz-, Sozial- und Europa-Ausschuss sowie im Petitionsausschuss des Landtags inne. In die Fraktion selbst ist Ende 2008 Andreas Beran für Ulrike Rodust nachgerückt, die seit dem Tod von Willi Piecyk Mitglied im Europaparlament ist und sich nun voll auf diese Aufgabe und den anstehenden Wahlkampf konzentrieren wollte.

Die SPD Fraktion hat auch in den letzten zwei Jahren viele von ihren Positionen durchzusetzen gewusst. Dies betrifft auch und gerade die Rücknahme der Kostenverlagerung der SchülerInnenbeförderung auf die Eltern. Hier musste die CDU einen Kurswechsel vornehmen. Wir haben damit nicht zuletzt eine Forderung der Landespartei aufgegriffen und umgesetzt. In Zuge der Auseinandersetzungen hierüber kam es allerdings zu einem doppelten personellen Wechsel. Der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay folgte Ralf Stegner Anfang 2008 als Innenminister nach. Die Fraktion wählte Ralf Stegner zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden. Alle anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands blieben im Amt.



Foto: Olaf Bathke

Im Mittelpunkt der Arbeit der Landtagsfraktion stand und steht die Bildungspolitik. Im Januar 2007 wurde das neue Schulgesetz im Landtag beschlossen. In mühsamen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner haben wir durchgesetzt, dass sich die Grundlagen des Gesetzes (mehr gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung) auch in den Verordnungen und Erlassen wiederfinden und nicht durch die Umsetzung ausgehöhlt werden. Die von uns gewollte und durchgesetzte Gemeinschaftsschule ist bei den Eltern und Schulträgern das Erfolgsmodell. Die Bildungspolitiker der Fraktion haben das Schulgesetz in mehreren hundert Veranstaltungen und Diskussionen vorgestellt und vertreten. Die Gemeinschaftsschule hat sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt, fast hundert sind inzwischen genehmigt, viele sind schon angelaufen.

Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl haben, bei aller Unzufriedenheit mit dem Gesamtergebnis, hier neue Spielräume eröffnet und den Durchbruch unter anderem in Lübeck und Kiel ermöglicht. Die Koalition hat trotz schwieriger Haushaltslage mehrere hundert neue Lehrerstellen geschaffen. Das dritte Kindergartenjahr wird für die Eltern ab Herbst 2009/10 beitragsfrei sein; im Koalitionsausschuss ist auf unserem Vorschlag hin ein Stufenplan verabredet worden, in dem wir im Mai diesen Jahres die Beitragsfreiheit für die restlichen zwei Jahre 2011 und 2013 regeln. Wir sind allerdings skeptisch wie unser Koalitionspartner hier agieren wird. In jedem Bundesland, in dem die SPD Regierungsverantwortung trägt, bleibt das Erststudium von Studiengebühren frei, auch bei uns. Wir haben den bundesweiten Trend zu Studiengebühren gestoppt, auch mit Wirkung auf Hessen und Hamburg.

Im sozialpolitischen Bereich hat sich die Fraktion für die Einführung des Mindestlohns und nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil für die Weiterentwicklung der ARGen stark gemacht. Des Weiteren trat am 1. April 2008 das Kinder- und Jugendschutzgesetz in Schleswig-Holstein in Kraft. Das Kinderschutzgesetz umfasst Vorsorge, frühe Hilfen für Familien, ein verbindliches Einladungs- und Antragswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen sowie Interventionsmaßnahmen. Damit haben wir als erstes Bundesland ein vorbildliches Konzept der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in die Tat umgesetzt. Im Bereich Pflege haben wir 2008 die Verbesserung der Angebotsvielfalt und der Strukturen auf dem Weg gebracht. Zum einen haben wir es mit dem Beschluss zur Einführung von Pflegestützpunkten geschafft, dass ein Angebot zur örtlichen Vernetzung von Beratung, pflegerischen Angeboten und ergänzenden Hilfen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entstehen kann. Zum anderen ist das Pflegegesetzbuch Schleswig-Holstein in Erarbeitung. Wir wollen im Interesse der Menschen in diesem Lande, die Pflege und Betreuung benötigen - und das sind nicht nur ältere Menschen, sondern auch sehr viele jüngere - verbesserte qualitative Angebote schaffen und sie in ihrem eigenverantwortlichen Leben stärken.

Die Fraktion hat sich umfassend und vertieft mit dem Thema „Soziales Europa“ befasst. Wir haben in vielfältiger Form, z. B. als Große Anfrage, mit Veranstaltungen und Zielgruppengesprächen dieses Thema aufgearbeitet und sozialdemokratisch definiert. Weiterhin haben wir die Kontakte zu unseren europäischen Nachbarn intensiviert. Erstmals wurde ein kontinuierlicher Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Europäern auf Bundesebene etabliert. In einer Reihe von Gesprächen mit den Minderheitenorganisationen haben wir auf Landes- und Bundesebene minderheitenpolitische Zeichen gesetzt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhielt eine hohe Priorität. Die Fraktion hat sich für eine stärkere Förderung der Medienkompetenz eingesetzt. Auf Initiative der Fraktion ist im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erstmalig eine Regelung zur Barrierefreiheit aufgenommen worden.

Wir haben mit der Landesbauordnung ein modernes Baurecht entwickelt und Ende 2008 verabschiedet. In dem Wohnungsbauförderungsgesetz haben wir wichtige sozialdemokratische Weichenstellungen durchgesetzt und wollen bei Wahrung des Mieterschutzes genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbauunternehmen durch eine Änderung des Fördersystems Investitionsanreize geben. Durch eine Änderung im Gemeindehaushaltsrecht haben wir 2007 den Einstieg in die doppelte Haushaltsführung ermöglicht. Die Kreisfreien Städte und sechs kreisangehörige Städte nutzen die Möglichkeit bereits und stellen entsprechende Haushalte auf.

Mit dem Jugendstrafvollzugsgesetz hat Schleswig-Holstein bundesweit maßgebliche Impulse gesetzt. Es ist vorbildlich gerade im Bereich der Prävention. Der Erziehungsgedanke hat im Jugendstrafrecht seinen deutlichen Schwerpunkt und wird gleichzeitig den Anforderungen an die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Öffentlichkeit gerecht. Die Reform der Amtsgerichtstruktur ist abgeschlossen und hat leistungsfähige Einheiten geschaffen. Ein wichtiger Punkt war in 2008 die feierliche Eröffnung des Landesverfassungsgerichts mit der Ernennung der Richterinnen und Richter. Damit haben wir eine sozialdemokratische Forderung erfolgreich umgesetzt.

Die Verwaltungsstrukturreform, die an den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit, Professionalität und Bürgernähe ausgerichtet ist, wurde für den kreisangehörigen Bereich erfolgreich weitergeführt und ist inzwischen allgemein akzeptiert. Die Einsparungen übertreffen die Erwartungen und führen dazu, dass nun auch unser Koalitionspartner die Vaterschaft für dieses sozialdemokratische Projekt reklamiert. Bei der Verwaltungsstrukturreform der Kreise mussten wir trotz der Gutachten, die unsere Forderungen deutlich bestätigten, die Notbremse ziehen. In vielen Koalitionsausschüssen und unzähligen weiteren Runden ist es nicht gelungen die Blockade der CDU so aufzulösen, dass eine sinnvolle Reform, die den Namen verdient hätte, dabei herausgekommen wäre. Hoffen wir, dass wir in der nächsten Legislaturperiode mit anderen Mehrheiten hier erfolgreicher werden weil wir hier im Moment auf ein Einsparpotential verzichten, dass wir zur Konsolidierung der Landesfinanzen dringend brauchen. Immerhin ist es in dem Zuge gelungen, uns mit der CDU auf die Abschaffung der Landräte zu einigen und bis Mai 2009 mit einer geänderten Kreisordnung eine deutliche Stärkung des Ehrenamtes herbeizuführen.

Die Nettoneuverschuldung konnten wir 2007 und 2008 vor allem durch eine erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen ein gutes Stück senken. Die aufziehende Wirtschaftskrise, die hohen Anforderungen, denen wir im Bereich Bildung und Kinderbetreuung nachkommen wollten, aber auch die mangelnde Haushaltsdisziplin der CDU Fraktion haben die Nettoneuverschuldung wieder nach oben getrieben. Im Moment ist es noch nicht absehbar, was an weiteren Belastungen auf uns zukommen wird. Umso wichtiger bleibt es in der Föderalismuskommission, in der als Mitglied erst Lothar Hay und dann Ralf Stegner Vertreter aller SPD-Landtagsfraktionen war, auf eine vernünftige Schuldenbremse mit einer fairen Altschuldenregelung zu beharren.

Grundlegend unterschiedliche Auffassungen bestehen zwischen uns im gesamten Bereich des Umwelt-

schutzes. Wir versuchen hier, die Tradition unseres Umweltministers Berndt Heydemann fortzuführen, während die CDU sich im Bereich Umwelt und Landwirtschaft fast ausschließlich an den Interessen der Nutzer (vor allem Landwirtschaft und Jäger) orientiert – zu Lasten von Umwelt- und Naturschutz. In der Landwirtschaftspolitik und der Politik für die ländlichen Räume haben wir unsere Eckwerte weitgehend erhalten: Die Förderung der Infrastruktur in den ländlichen Räumen für alle dort lebenden und arbeitenden Menschen muss Vorrang vor der einzelbetrieblichen Förderung für landwirtschaftliche Betriebe haben. Auch in der Energiepolitik halten wir klaren Kurs: Ein Wackeln im Ausstieg aus der Atomenergie hat es bei uns nicht gegeben, wir setzen auf eine Energiepolitik ohne Atom- und zusätzliche Kohlekraftwerke. Mit unseren großen Veranstaltungen zur Minderheitenpolitik, zum 75. Jahrestag der Rede von Otto

Wels gegen das Ermächtigungsgesetz, zu 90 Jahren Frauenwahlrecht und zu 60 Jahren Landtagsfraktion sind wir auf großes Interesse gestoßen und haben ein breites Publikum angesprochen. Auch die weiteren Veranstaltungsformen wie das „Offene Büro“ und die „Kommunale Runde“ sind bewährte Informations- und Diskussionsformen, die wir weiterführen wollen.

Wir werden in den nun kommenden anderthalb Jahren sorgfältig abwägen, wo wir unsere Projekte erfolgreich weiterverfolgen können, wo wir noch Dinge voranbringen können und wo ein Kompromiss mit der CDU Landtagsfraktion kontraproduktiv wäre. Je näher die Wahlen rücken, desto schwerer dürfte eine sachorientierte Politik werden. Dies ist bereits jetzt zu merken. Wir sollten daran festhalten, im Interesse der Menschen in Schleswig-Holstein unsere Verantwortung wahrzunehmen und den Koalitionsvertrag bis Mai 2010 zu erfüllen.

Die SPD-Landtagsfraktion auf SPD-Veranstaltungen:



Links: Beim SPD-Familiensommer 2008 in Daldorf, Erlebniswald

Rechts: Beim Neumitgliederkonvent im November 2008, Kieler Schloss



Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten

Die neun Abgeordneten der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten sehr geschlossen und intensiv zusammen. Bei den turnusgemäßen Neuwahlen des Landesgruppenvorstands im September 2007 wurden alle drei Abgeordneten in ihren Ämtern bestätigt: Ernst Dieter Rossmann als Sprecher, Gabriele Hiller-Ohm als seine Stellvertreterin und Sönke Rix als Kassenwart.

Themenschwerpunkte:

Die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein verstehen sich nicht nur als Vermittler zwischen Landes- und Bundesinteressen, sie setzen sich auch auf Bundesebene besonders für die Interessen des Landes ein. Im Berichtszeitraum standen vor allem die Themen Arbeit und Soziales (z. B. Leiharbeit und Rentenzugang), Verkehr und Infrastruktur (z. B. Schienenanbindung, Nord-Ostsee-Kanal, A20 und Elbuntertunnelung, Fehmarnbelt-Querung), Bildung und Forschung (z. B. Ganztagschulen, Hochschulpakt), Energie- und Umweltpolitik (z. B. Erdkabel, Offshore-Windparks) im Mittelpunkt.

Initiativen:

■ Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann initiierte im Jahr 2008 eine unregelmäßig tagende Runde der fünf norddeutschen SPD-Landesgruppensprecher mit dem Ziel, wichtige Verkehrsprojekte für den Norden Deutschlands zu priorisieren und sich gemeinsam bei Fraktion und Regierung für die Realisierung einzusetzen.

■ Die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein waren innerhalb der Koalitionsfraktionen in Berlin die ersten, die sich im Mai 2008 geschlossen gegen eine zweite Erhöhung der Diäten aussprachen. Nachdem wir unser „Nein“ öffentlich angekündigt hatten, schlossen sich viele weitere MdBs an, so dass die Koalitionsspitzen schließlich einlenkten.

■ Über die Landesgruppe hinaus gewirkt hat auch das Positionspapier zur Leiharbeit, das im engen Zusammenwirken mit Spitzenvertretern der IG Metall Küste entwickelt worden ist. Dieses Papier wurde auch von anderen Landesgruppen übernommen.

■ Unter dem Leitsatz „Bund und Land - gemeinsam für Schleswig-Holstein“ erarbeiteten die Abgeordneten der Landesgruppe, zum Teil in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion, Konzepte zu den Themen „Modernes Zukunftsland Schleswig-Holstein“, „Aktiv für Arbeit“, „Familienpolitik“, „Perspektiven für den ländlichen Raum“ sowie „Arbeit für Menschen mit Behinderung“.

Öffentlichkeitsarbeit:

Um über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen zu informieren und diskutieren, bieten die Mitglieder der Landesgruppe Schleswig-Holstein jährlich über 25 so genannte Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zu aktuellen Themen an. Im November 2008 richtete die Landesgruppe erstmals gemeinsam eine große Konferenz zum Thema „Demografischer Wandel in der Arbeitswelt. Herausforderung an eine moderne Arbeitsmarktpolitik“ im Kieler Legienhof mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und Landesarbeitsminister Uwe Döring aus. Vierteljährlich veröffentlicht die Landesgruppe einen Newsletter, der per E-Mail an Interessenten in Schleswig-Holstein versandt wird.

Arbeitsweise:

Zwecks Koordinierung und Diskussion trifft sich die Landesgruppe in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages donnerstags um 7.30 Uhr in der Landesvertretung Schleswig-Holstein. Vertreter von Gewerkschaften und Verbänden sowie aus dem SPD-Landesverband, der SPD-Landtagsfraktion und der Landesregierung sind regelmäßig zu Gast. Zwei Mal im Jahr trifft sich die Landesgruppe zu ganztägigen Klausursitzungen. Das Büro der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein führt Nadine Brockmann als Mitarbeiterin.

Tel.: 030/227-75318, Fax: 030/227-76318

E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de



Foto: Die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, von links: Jörn Thießen, Hans-Peter Bartels, Sönke Rix, Franz Thönnies, Gabriele Hiller-Ohm, Wolfgang Wodarg, Bettina Hagedorn, Ernst Dieter Rossmann und Michael Bürsch

Einzelberichte der neun Bundestagsabgeordneten

Dr. Hans-Peter Bartels



Deutschlands Verantwortung in der Welt ist ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik. Unser Land genießt Vertrauen; in einer weltweiten BBC-Umfrage, welche Nation heute den positivsten Einfluss auf die internationale Politik hat, steht Deutschland auf Platz 1 (2008). In unserem Land selbst wird das übrigens ähnlich gesehen.

Den Außenminister stellt gegenwärtig die SPD – und er soll Kanzler werden!

Zu dieser erfolgreichen auswärtigen Politik gehört die Sicherheitspolitik, für die ich mich seit 2002 als stellvertretender verteidigungspolitischer Sprecher der SPD besonders engagiere. Schwerpunkte meiner Arbeit im Berichtszeitraum waren Konzeptionen zur europäischen Armee und zur Zukunft der Wehrpflicht, die jetzt jeweils Bestandteil des SPD-Grundsatzprogramms sind.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr (Balkan, Afghanistan, Libanon, Horn von Afrika) stehen ständig im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit. Hinzu kam aktuell ein Untersuchungsausschuss zum Komplex Kurnaz und zur parlamentarischen Kontrolle von geheimen Spezialkräfteinsätzen.

Als Mitglied der SPD-Grundwertekommission arbeite ich zurzeit mit Johano Strasser und Wolfgang Merkel an einem Argumentationspapier zum sozialdemokratischen Freiheitsbegriff.

Innerhalb und außerhalb des Parlaments bemühe ich mich publizistisch und konzeptionell um wirksame Schritte zur Verbesserung des Demokratielernens und der politischen Bildung in Deutschland – aus gegebenem Anlass.

Tel.: 030/227-77638, Fax: 030/227-76052
E-Mail: hans-peter.bartels@bundestag.de
Tel.: 0431/85331, Fax: 0431/2599643
www.hans-peter-bartels.de

Dr. Michael Bürsch



Trotz aller Meinungsunterschiede und politischen Kontroversen mit der Union: Wir Sozialdemokraten haben in der Großen Koalition in Sachen Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarktpolitik, im Haushalt oder auch im Bereich von Umwelt- und Klimaschutz unsere Akzente gesetzt. Bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise

haben wir eine maßgebliche Rolle gespielt.

Als Mitglied des Innenausschusses zählen die Zuwanderung und Integration sowie der Datenschutz zu meinen Hauptthemen. Das Arbeitsmigrationssteuergesetz reagiert auf den wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland und erleichtert den Zuzug und Verbleib ausländischer Fachkräfte im Land.

Zuwanderung ist unauflöslich mit dem Thema Integration verknüpft. Klar ist: Integration hängt von der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in Deutschland an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes ab. Dafür habe ich mich in den vergangenen Jahren erfolgreich engagiert.

Mit dem 2005 noch unter der rot-grünen Regierung in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz ist die Integration von Migrantinnen und Migranten erstmals systematisch geregelt worden. Seitdem existiert ein einheitliches staatliches Grundangebot zur Integration und ein Anspruch auf Sprachförderung, was die Eingliederungschancen der Migrantinnen und Migranten in unserem Land verbessert.

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt im Hinblick auf eine erfolversprechende Integration weiterhin für das Modell der doppelten Staatsbürgerschaft ein. Sie verhindert Loyalitätskonflikte gegenüber dem Heimatland und ermöglicht über das Wahlrecht die Identifikation mit und die Beteiligung an der politischen Gestaltung unserer Gesellschaft.

Die Datenschutzskandale der letzten Monate haben in erschreckender Weise deutlich gemacht, welchen Gefahren das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausgesetzt ist. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für den Datenschutz beschäftige ich mich intensiv mit der Modernisierung des Bundesdatenschutzgesetzes.

Da das Datenschutzrecht bereits vor 30 Jahren verabschiedet wurde - in einer Zeit also, als es weder das weltweite Internet noch Handys gab -, entspricht es nicht mehr den Anforderungen der modernen

Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Vor diesem Hintergrund arbeiten wir daran, das Selbstbestimmungsrecht der Bürger über ihre Daten zu stärken. Jede Nutzung von Daten soll prinzipiell nur mit vorheriger Einwilligung der Betroffenen geschehen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerdatenschutzes. Dabei geht es darum, die Rechtssicherheit für Arbeitnehmer und Unternehmen auszubauen, die Kompetenzen für betriebliche Datenschutzbeauftragte zu vergrößern und eine Berichtspflicht von Unternehmen gegenüber staatlichen Datenschutzstellen bei grobem Datenmissbrauch einzuführen.

Als Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ arbeite ich weiterhin an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. In dieser Wahlperiode waren vor allem die Fortentwicklung der Freiwilligendienste und die umfassende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts meine Schwerpunktthemen.

Mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts können die in Vereinen und Verbänden engagierten Menschen besser gefördert werden. Mit der Änderung des Spendenrechts werden zusätzliche Spielräume für steuerbegünstigte Spenden geschaffen und eine Gleichbehandlung der verschiedenen Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements erzielt.

Tel.: 030/227-73758, Fax: 030/227-76182
E-Mail: michael.buersch@bundestag.de
Tel.: 04522/503633, Fax: 04522/503634
E-Mail: michael.buersch@wk.bundestag.de
www.michael-buersch.de

Bettina Hagedorn



Im September 2005 wurde ich zum 2. Mal in Folge in meinem ländlichen und konservativ dominierten Wahlkreis 9 zwischen Fehmarn und Reinfeld direkt in den Bundestag gewählt – mein seit 2002 konsequent gelebtes Motto „Stark im Handeln – nah bei den Menschen“ hat bei den Menschen Vertrauen aufgebaut.

Kontinuität in Transparenz und Präsenz sind mein Markenzeichen geworden – zahllose Veranstaltungen, Veröffentlichungen und eine sehr aktive Medienarbeit im Wahlkreis gehören dazu. Ich bin seit 2002 ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und dort seit 2005 Hauptberichterstatteerin für das Innenministerium. In dieser Funktion konnte

ich in den vergangenen Jahren u. a. den Auf- und Ausbau des Maritimen Schulungszentrums der Bundespolizei in Neustadt mit einer Aufstockung von 13 auf 37 Arbeitsplätze erreichen, den Erhalt wichtiger Bundespolizeistandorte in ganz Schleswig-Holstein im Zuge der Reform 2006, eine Aufstockung der Mittel für das THW insbesondere für die Jugendarbeit und die Ortsverbände sowie deutliche Aufwüchse für Programme und Initiativen „Gegen Rechts“. Das Vertrauen in die Berliner SPD-Politik wurde bei den dänischen und friesischen Minderheiten durch mein erfolgreiches Engagement für mehr Haushaltsmittel kontinuierlich seit 2006 für diesen Bereich gestärkt – 2009 und 2010 erhält der Bund der Nordschleswiger sogar jeweils ein Plus von 800.000 Euro.

Die größte „Erfolgsstory“ für meinen Wahlkreis war die Rettung des Ökoinstituts in Trenthorst/Nordstornmarn mit 80 Arbeitsplätzen, dessen Schließung 2006 als Ressortforschungsinstitut als einziger Standort bundesweit rückgängig gemacht wurde. Ich bin ebenfalls Mitglied im Vertrauensgremium (zuständig für den Verfassungsschutz), im Rechnungsprüfungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Tourismus- sowie im Innenausschuss.

Als wichtige Funktion habe ich das Amt der stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion übernommen und bin dort speziell für den ländlichen Raum zuständig. Größter Erfolg war hier der Erhalt der Gewerbesteuer und deren Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in zwei Schritten 2003 und 2007 mit einem dicken Einnahme-Plus auch für die Kommunen in Schleswig-Holstein. Meine Schwerpunkte für unser Land waren außerdem der Kampf um gesetzliche Festlegungen für Erdkabel bei den Stromnetzen (2006 im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz und jetzt 2008 im Energieleitungsausbaugesetz EnLAG), die Sicherung der Situation von Stadtwerken im Wettbewerb mit den „Energiesmultis“ sowie der erfolgreiche Erhalt deutscher Arbeitsplätze und Standorte bei der Privatisierung von Scandlines 2006.

Schließlich habe ich folgende Ämter inne: Kuratoriumsmitglied der Bundeszentrale für politische Bildung, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende seit 2007, Mitglied AG Nachhaltige Finanzpolitik der SPD-Bundespartei.

Büro Berlin:
Tel.: 030/227-73832, Fax: 030/227-76920
E-Mail: bettina.hagedorn@bundestag.de
Wahlkreisbüro
Tel.: 04521/71611, Fax: 04521/78386
E-Mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de
www.bettina-hagedorn.de

Gabriele Hiller-Ohm



Als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis 11, der die Hansestadt Lübeck sowie die Ämter Berkenthin und Sandesneben umfasst, gehöre ich seit Oktober 2002 dem Deutschen Bundestag an. In dieser Legislaturperiode betreue ich zusätzlich gemeinsam mit Franz Thönnies den SPD-bundespolitisch „verwaisten“ Nachbar-Wahlkreis 10.

Seit dieser Legislatur bin ich Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Hier wirke ich ganz direkt an wichtigen Zukunftsthemen mit und setze mich dafür ein, dass das soziale Profil der SPD auch in der Großen Koalition erhalten bleibt.

Als SPD kämpfen wir insbesondere für Mindestlöhne, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine effektivere Arbeitsvermittlung. Zu meinen Berichterstatterbereichen gehören die Sozialhilfe (SGB XII), die betriebliche Altersvorsorge sowie die europäische Beschäftigungspolitik. Darüber hinaus bin ich zuständig für den Bereich Verteilungsgerechtigkeit und für die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Tourismus ist für Schleswig-Holstein und natürlich auch für meinen Wahlkreis mit Lübeck als bedeutende Kultur- und Hansestadt und dem Ostseebad Travemünde von großer Bedeutung. Seit 2002 arbeite ich als Mitglied im Tourismusausschuss. Hier bin ich unter anderem zuständig für die Themen Sicherheit im Reiseverkehr, Arbeitsmarktpolitik, Landtourismus, Fahrradtourismus und Verbraucherschutz.

Im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und im Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement bin ich stellvertretendes Mitglied. Innerhalb der Fraktion gehöre ich den Arbeitsgruppen Kommunalpolitik, Verteilungsgerechtigkeit, der Küstengang sowie der Parlamentarischen Linken als Mitglied des erweiterten Vorstandes an. Zudem bin ich stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein.

Tel.: 030/227-73514, Fax: 030/227-76514
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
Tel. 0451/3846895, Fax: 0451/3846896
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de
www.hiller-ohm.de

Sönke Rix



Ich bin ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dort zuständiger Berichterstatter zu den Themen Freiwilligendienste, Rechtsextremismus, Zivildienst, Migration und Integration. Weiterhin arbeite ich als stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss und im Menschenrechtsausschuss mit und bin

Sprecher der SPD im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“.

Im Familienausschuss wurden in den letzten drei Jahren wegweisende Entscheidungen getroffen. Wir haben wichtige Maßnahmen, wie das Elterngeld und das Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Damit verbessern wir die Betreuung von Kindern und Eltern können Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Das ist sozialdemokratische Familienpolitik! Denn das Copyright für beide Konzepte liegt bei der SPD und nicht bei der Bundesfamilienministerin.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus war in den vergangenen zwei Jahren eine Daueraufgabe. Trotz des Widerstandes der CDU ist es uns jedes Jahr gelungen, die Haushaltsmittel für die Programme „Vielfalt tut gut“ und „Kompetent. Für Demokratie“ bereitzustellen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass eine dauerhafte Finanzierung erforderlich ist. Gute Projekte sollen nicht jedes Jahr im Ungewissen gelassen werden, ob es weitergeht. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

Der Schwerpunkt meiner Arbeit lag weiter im Bereich Bürgerschaftliches Engagement. Hier habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen erreicht, dass die Rahmenbedingungen für Engagierte verbessert wurden, z. B. durch finanzielle Erleichterungen im Gemeinnützigkeitsrecht oder auch durch gesetzliche Fortentwicklungen bei den Jugendfreiwilligendiensten (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr). Durch die Regelungen im neuen Jugendfreiwilligendienstegesetz wird ein neuer Schwerpunkt auf die Lernkompetenz und die Bildung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gelegt. Beim Modellprogramm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“, das im vergangenen Jahr ausgearbeitet ist, haben wir erreicht, dass besonders erfolgreiche und vorbildliche Projekte nun als Leuchtturmprojekte weitergefördert werden. In Schleswig zum Beispiel wird dies das Projekt mittenmang e.V. sein, das sich um die Beteiligung behinderter Menschen am bürgerschaftlichen Engagement kümmert.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Neugestaltung des Zivildienstes. Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU festgelegt, dass der Zivildienst zu einem Lerndienst umgebaut werden sollte. Gegen viel Widerstand aus der CDU haben wir nun eine gute Lösung durchgesetzt, die die Anerkennung der Zivildienstleistenden in der Gesellschaft weiter anheben wird, ohne dass wir uns den Weg in eine „freiwillige Wehrpflicht“ verbauen.

Ich bin Mitglied in der Fraktionsarbeitsgruppe (AG) Migrationspolitik, in der AG zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, in der AG Menschen mit Behinderung und in der AG Kommunalpolitik. Daneben bin ich Mitglied der „Parlamentarischen Linken“, im Vorstand der Landesgruppe Schleswig-Holstein und im Vorstand der „Denkfabrik“ in der SPD-Bundestagsfraktion.

Wahlkreis: Tel.: 04331-8685 765 / FAX: 04331-8685745
Berlin: Tel.: 030-227 77270 / FAX: 030-227 76270
E-Mail: soenke.rix@bundestag.de oder soenke.rix@wk2.bundestag.de
Homepage: www.soenke-rix.de

Dr. Ernst Dieter Rossmann



Ich vertrete seit 1998 den Wahlkreis 7 (Kreis Pinneberg) im Bundestag. Meine Aufgaben in der SPD-Bundestagsfraktion konzentrierten sich auch in den vergangenen zwei Jahren auf meine Arbeit als stellvertretender Sprecher in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, die Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand und auf meine Aufgaben als Sprecher

der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein sowie als Sprecher der Parlamentarischen Linken. Hier war Kurs halten angesagt, mit eigenen Initiativen der Landesgruppe SH, z. B. zum Mindestlohn und der Diätenreform, und mit viel Arbeit für Profil und Integration von links gleichermaßen.

In meinem Fachgebiet Bildungs- und Forschungspolitik habe ich mich insbesondere für mehr Grundbildung (Alphabetisierung, Nachholen eines Hauptschulabschlusses), in der Hochschulpolitik (gute Lehre für alle, Hochschulausbau, BAföG etc.) und für den Ausbau der Weiterbildung engagiert. Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung erhöhen sich seit Jahren kontinuierlich. So auch 2009 um 850 Millionen Euro auf 10,2 Milliarden Euro.

Ich freue mich sehr, dass im Januar 2009 die Bauphase für das Eine-Milliarde-Euro-Röntgenlaser-Forschungsprojekt XFEL bei DESY von Hamburg-Bahren-

feld nach Schleswig-Holstein/Schenefeld begonnen hat. Auch die Meeresforschung (IfM-Geomar), die Umweltforschung (GKSS-Geesthacht) und die medizinische Forschung mit ihren Exzellenz-Clustern in Kiel, Lübeck und Borstel profitieren deutlich von der Forschungspolitik des Bundes.

Zur Bildungspolitik im Detail: Eine besondere Freude für mich bleibt, dass wir das BAföG nicht nur vor der Abschaffung durch die CDU/CSU gerettet, sondern zum Wintersemester 2008/2009 die Bedarfsätze um 10% und die Freibeträge um 8% erhöht haben. Durch den Hochschulpakt I werden bis 2010 in Schleswig-Holstein 4.000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen. In einem Hochschulpakt II kämpfen wir jetzt für 300.000 mehr Studienanfängerplätze bundesweit. Ein Ziel von mir bleibt die Wiederbelebung des Schüler-BAföG, damit Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten nicht aus finanziellen Gründen auf das Abitur verzichten müssen. Auch im Bereich der Weiterbildung haben wir in den letzten zwei Jahren Fortschritte erzielt. Wir haben den Rechtsanspruch auf die Förderung eines Hauptschulabschlusses im Bundestag beschlossen, eine Prämie von bis zu 154 Euro im Jahr für private Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung für jeden Arbeitnehmer eingeführt und 1.500 Aufstiegsstipendien für studierwillige Begabte mit einer Berufsausbildung geschaffen. Bis Mitte 2009 werden wir das Meister-BAföG (AFBG) ausweiten und seine Leistungen vor allem für Geförderte mit Familie verbessern.

In der Verkehrspolitik ging es mir in den letzten zwei Jahren als stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss um die Begleitung der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen für das Land und um den maritimen Bereich (z.B. A 20, Einsatz für die nationale Küstenwache und den neuen Hochseeschlepper; Interessen der Hochseeinsel Helgoland und der Utlände). Die Mitwirkung in der „Küstengang“ ist dabei Pflicht.

Tel.: 030/227-73447, Fax: 030/227-76318
E-Mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
Tel.: 04101/200639, Fax: 04101/553665
E-Mail: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Prof. Jörn Thießen



Pastor a.D.
Seit 2005 MdB für den Wahlkreis 3 (Dithmarschen-Süd, Steinburg, Segeberg-West).
Mitgliedschaften: Ausschüsse für Verteidigung und Verkehr, AK Kommunalpolitik, Sektenbeauftragter der Bundestagsfraktion, Mitglied im Landesvorstand der SPD.

In meiner Verantwortung entsteht ein Verkehrskonzept der SPD Schleswig-Holstein, das sich in Abstimmung zwischen Partei, Landtagsfraktion und der Landesgruppe befindet. Hier geht es um einen klugen Ausbau der Schienenverkehre, die bessere Anbindung der Häfen und den sinnvollen Ausbau von Fernstraßen – überall dort, wo sie für die wirtschaftliche Entwicklung nötig sind.

Die Fürsorge für Angehörige der Bundeswehr konnte ich mit einem Konzept zur Erforschung und Behandlung von extremen Stressreaktionen erheblich verbessern. Meinem Antrag haben - einzigartig in dieser Legislaturperiode - alle Fraktionen des Bundestages zugestimmt!

Auch für weitere Fortschritte hin zu einer Europäischen Armee habe ich mich intensiv eingesetzt. Der EU-Armee-Kongress der SPD-Bundestagsfraktion, den ich mit veranstaltet habe, war ein großer internationaler Erfolg.

Als Gründer und Vorsitzender der Kindersportstiftung setze ich mich mit anderen für die Förderung von Kindern aus armen Familien ein. Wir unterstützen derzeit rund 80 Kinder.

Meine Aufgabe als Sektenbeauftragter bestand in öffentlicher Aufklärung sowie Kontakten zu Hilfsorganisationen, Kirchen und Betroffenen. Die Fraktion des Bundestages wird eine Broschüre mit bundesweiten Ansprechpartnern herausgeben, die von mir erarbeitet wurde.

Von besonderer Bedeutung im Wahlkreis sind für mich die wöchentlichen Schulbesuche und Bürgerversammlungen. Mit Andreas Beran habe ich in Bad Bramstedt mein nun drittes Wahlkreisbüro eröffnet. Meine Auszubildende hat ihre Prüfung bestanden und ich habe sie gern übernommen.

Tel.: 030/227-73549, Fax: 030/76294

E-Mail: joern.thiessen@bundestag.de

Tel.: 04821/2715, Fax: 04821/3930

E-Mail: joern.thiessen@wk.bundestag.de

Tel.: 04832/3038, Fax: 04832/6200

E-Mail: joern.thiessen@wk2.bundestag.de

www.joernthiessen.de

Franz Thönnies



Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Bundestagswahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord
Neben dem eigenen Wahlkreis betreute ich auch im Berichtszeitraum den südlichen Teil des derzeit SPD-MdB-unbesetzten Wahlkreises 10 Süd-Stormarn/Lauenburg.

Die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und die „Initiative 50plus“ zur Erhöhung der Beschäftigungsquote waren einige meiner Schwerpunkte. Hierzu organisierte ich vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit dem s:hz-Verlag und allen wirtschaftlichen Akteuren im Land 2007 eine dreimonatige Zeitungskampagne „Arbeit mit Erfahrung“. Ebenso gehören dazu Initiativen für gute und gesunde Arbeit, Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, wie bessere Weiterbildungsangebote und ein „Betriebliches Gesundheits-Management“. Beispielhaft wird dies für mittelständische Betriebe mit dem vom Bund seit 2008 geförderten Projekt „Gesunde Arbeit Segeberg“ unterstützt. Mit der Fortsetzung der Altersteilzeitförderung und der Forderung einer Teilrente ab 60 Jahren geben wir Antworten für gleitende Übergänge gerade für besonders belastete Beschäftigte. Auf Landesebene arbeitete ich in der Arbeitsgruppe „Chancen der älter werdenden Gesellschaft nutzen“ mit. Die von mir mitbegründete bundesweite Kampagne „Altersvorsorge macht Schule“ von Bundesregierung, Sozialpartnern, Verbraucherschützern und über 500 Volkshochschulen läuft weiter.

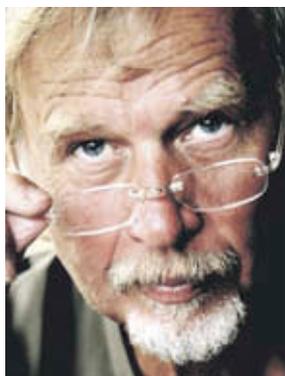
Die Initiativen „job“ – Jobs ohne Barrieren für Menschen mit Behinderungen und Job4000 zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sind erfolgreich. Die UN-Behindertenkonvention begleite ich seit der Unterzeichnung in New York 2007 über die Ratifizierung Ende 2008 bis hin zur jetzigen Umsetzung. Mit der Unfallversicherungsreform reagierten wir auf die wirtschaftlichen Strukturveränderungen. Die vom Bund unterstützten Modellprojekte zum „Persönliches Budget“ im Kreis Schleswig-Flensburg und Segeberg konnten erfolgreich beendet werden. Die Programme „JobPerspektiven“ und „Kommalkombi“ für Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen waren ebenso ein Aktionsfeld.

Im Bundestag engagiere ich mich u.a. auch als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe, Leiter der Delegation zur Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) sowie Mitglied in deren Ständigem Ausschuss. Integrierte Meerespolitik, Arbeitsmarkt

und Soziale Wohlfahrt sind derzeit Themen. Eine von mir geleitete BSPC-Arbeitsgruppe befasst sich aktuell mit der Verbesserung der sozialen Sicherheit von Arbeitnehmern als Grenzpendler in der Region. Den DGB Nord unterstütze ich beim Aufbau eines „Baltic Sea Labour Network“ zur Stärkung der Sozialpartner-Strukturen im Ostseeraum. Der SPD-Landesverband wird von mir in SAMAK, einem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften im Norden, vertreten.

Tel: 030/227-71128, Fax: 030/227-76828
 E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de
 Tel.: 04551/968383, Fax: 04551/967338
 E-Mail: buergerbuero@thoennes.de
 www.thoennes.de

Dr. Wolfgang Wodarg



Seit 1994 vertrete ich als direkt gewählter Abgeordneter den WK 1 Flensburg-Schleswig im Bundestag. Betreuung: WK 2 Nordfriesland.

Als Arzt und Gesundheitsexperte stehe ich für ein Gesundheitswesen, das sich daran misst, wie es mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgeht.

Ich kämpfe im Gesundheitsausschuss gegen Zwei-Klassen-Medizin, Deregulierung, den unsinnigen Wettbewerb zwischen unseren Solidarkassen, für eine solidarische Bürgerversicherung und eine gute Pflege in vertrauter Umgebung.

Ethische Fragen rund um Lebensanfang und Lebensende, Sorge und Pflege, Bio- und Gentechnik und Schutz vor Umweltkrisen sind weitere Arbeitsfelder. Hier habe ich viel erreichen können. Die aktuelle Diskussion über Patientenverfügungen, Gendiagnostik und Palliativmedizin habe ich wesentlich mitgeprägt.

Im Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit setze ich mich für Krisenprävention, gute Regierungspraxis, regenerative Energien, fairen Handel, für Zugang zu Wasser, Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung ein. Ich bin Berichterstatter für Zentralafrika und für Gesundheit in den Entwicklungsländern weltweit. Durch meinen kürzlich verabschiedeten Antrag gibt es jetzt mehr Mittel für die Erforschung vernachlässigter Krankheiten in armen Ländern.

Seit 1998 bin ich als Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates aktiver Europa- und Außenpolitiker. Als stellv. Fraktionsvorsitzender kämpfe ich dort für eine Stärkung der Demokratien und die Einhaltung der Menschenrechte.

Für meine Berichte zur wachsenden Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols durch private Sicherheits- und Militärfirmen, zur Schaffung eines europäischen Medien-Monitoring („Medien-Pisa“), zur Förderung der Palliativmedizin und zur wirksamen Kontrolle der Gentechnik habe ich europaweite Anerkennung erhalten.

Tel.: 030/227-73371, Fax: 030/227-76333
 E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de
 Tel.: 0461/9788820, Fax: 0461/9788865
 E-Mail: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
 www.wodarg.de

MdBs im Einsatz



Sönke Rix bei einer Veranstaltung im Rahmen von „Jugend Hilft!“. Die beiden Clowns gehören zu den Klink-Clowns, die kranke Kinder aufmuntern.



Wolfgang Wodarg bei der Unterstützung eines Schulprojektes im Urwald Guatemalas (2008).

Die Arbeit im Europäischen Parlament

Von Ulrike Rodust, MdEP

Im September 2008 trat ich nach dem Tod von Willi Piecyk als seine Ersatzbewerberin das Mandat im Europäischen Parlament (EP) für die schleswig-holsteinische SPD an.

Am 13. September 2008 wurde ich auf der Landesdelegiertenkonferenz für die Europawahlen zur schleswig-holsteinischen Spitzenkandidatin nominiert. Im Dezember 2008 wurde ich auf Platz 12 der Bundesliste für die Europawahlen am 7. Juni 2009 gewählt. Im Dezember 2008 legte ich mein Landtagsmandat für den Wahlkreis 10 (Eckernförde) nieder.

Im Europäischen Parlament bin ich Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, im Fischereiausschuss, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und Mitglied in der Delegation des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU – Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien. In der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments möchte ich meinen Schwerpunkt auf den Bereich Ländliche Räume und Agrarpolitik verlegen und mich natürlich auch weiterhin um die Meerespolitik kümmern.

Zudem bin ich im Vorstand des EuropaForums des SPD-Landesverbandes. Seit 2006 bin ich Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Rendsburg-Eckernförde und seit Mai 2008 Bürgermeisterin in Holzdorf.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europa (SPE) hat sich in den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments immer wieder zum sozialen Europa bekannt und angesichts der Finanzkrise entscheidende Impulse gegeben:

Ein Schwerpunkt der Septembersitzung war die Beschäftigung mit den Hedgefonds und Private Equity (privates Beteiligungskapital): Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europa (SPE) forderte in ihren Berichten, die vom Parlament mit großer Mehrheit angenommen wurden, die EU-Kommission auf, nun aktiv zu werden und klare Regeln für Unternehmen und Privatpersonen zu formulieren. Ein Schwerpunkt liegt auf der Herstellung von mehr Transparenz für Anleger und Unternehmen: u.a. Regeln der Offenlegung gegenüber Anlegern und Behörden; Investitionsprodukte müssen Angaben über Fremdkapital/Schuldenrisiko beinhalten, die Gehaltssysteme der Manager sowie Quellen und Beträge der beschafften Gelder müssen bereitgestellt werden, Rating-Agenturen überprüft werden können.



Foto: Ulrike Rodust nach ihrer Nominierung auf dem Parteitag in Lübeck

Seit 2001 verpflichtet sich die EU Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Zu diesem Zeitpunkt waren 15% der Bevölkerung der EU-15 von einkommensbedingter Armut bedroht. Im Jahr 2005 stieg dieser Anteil auf 16% in der EU-25 und umfasst nun 78 Millionen Menschen. 19 Millionen davon sind Kinder. Der Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, der im Oktober im Plenum diskutiert und mit großer Mehrheit angenommen wurde, forderte u.a. den Rat auf, in diesem Zusammenhang die Garantie eines Mindesteinkommens durch konkrete EU-Vorgaben sicherzustellen, damit geleistete Arbeit entsprechend entlohnt wird. Ein weiterer Bereich betrifft den Kampf gegen Kinderarmut. Der vorgeschlagene Politikmix beinhaltet u. a. Finanzhilfen für arme Familien, die Einrichtung von „Frühwarnsystemen“ um kritische Situationen im Vorfeld zu erkennen und zu vermeiden sowie die Förderung der aktiven Teilnahme von Kindern in der Gesellschaft.

Im Oktober verabschiedeten wir in zweiter Lesung die Leiharbeitsrichtlinie, deren Zahl in den letzten Jahren stark anstieg. Leiharbeiter/innen arbeiten häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die in Deutschland geprägt sind von einem Einkommensunterschied von durchschnittlich 20-40%. Das Parlament schlug bereits seit 2002 eine umfassende Gewährung der Gleichbehandlung von Arbeitnehmern vor. So sollten Leiharbeitnehmer bereits ab dem ersten Arbeitstag ein Anrecht auf einen Basisschutz haben. Dieser umfasst vor allem das Anrecht auf die Inanspruchnahme des Arbeitsrechtes,

ein gleiches Entgelt wie die Stammebelegschaft und einen umfassenden Sozialschutz. Abweichungen von diesem Grundsatz sollten von den Sozialpartnern über Tarifverhandlungen vereinbart werden. Noch im selben Jahr berücksichtigte die Kommission die Vorschläge, bedauerlicherweise wurde dieser Vorschlag 6 Jahre lang vom Ministerrat blockiert.

Im November forderte das Europäische Parlament auf Initiative der SPE die Kommission nach den jüngsten EuGH-Urteilen zum Arbeitsrecht dazu auf, eine Reform der EU-Entsenderichtlinie vorzulegen, damit entsandte Arbeitnehmer/innen nicht schlechter gestellt werden als die heimischen Arbeitskräfte vor Ort. Ziel ist die umfassende Gleichbehandlung aller Beschäftigten ein und derselben Branche am gleichen Ort. Bestehende Gesetzeslücken in der Entsenderichtlinie und Interpretationsspielräume beim Vergaberecht müssen geschlossen werden.

Im Dezember bekannte sich das Parlament unter Federführung der SPE erneut zum Sozialen Europa, als es in zweiter Lesung zur Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie den Gemeinsamen Standpunkt des Rates in seiner Plenar-Abstimmung ablehnte. Einen strittigen Punkt stellte vor allem die Regelung der Höchstarbeitszeit dar. Das Europäische Parlament spricht sich für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit in der EU von 48 Stunden aus. Jegliches Aufweichen dieser Höchstarbeitszeit ist abzulehnen. Mit der SPE wird es keinen Einstieg in die 60 Stunden Woche geben. Der Vorschlag des Rates sieht vor, dass Arbeitnehmer, welche dem zustimmen, im Durchschnitt eines Dreimonatszeitraums bis zu 60 bzw. 65 Stunden in der Woche arbeiten dürfen (wenn die inaktive Zeit während des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit angesehen wird). Dies ist mit Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz nicht zu vereinbaren.

Im Dezember stärkte das Parlament mit überwältigender Mehrheit die Europäischen Betriebsräte. Die Novellierung der Europäischen Betriebsräte-richtlinie trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. So gehen wirksame und abschreckende Sanktionen gegen Arbeitgeber, die die Vorschriften der Europäischen Betriebsräte-richtlinie missachten ebenso auf das Konto der SPE, wie die Anhörung der Europäischen Betriebsräte vor der Beschlussfassung über Umstrukturierungen oder Standortverlagerungen. Standorte können somit nicht mehr gnadenlos, wie im Fall AIRBUS geschehen, gegeneinander ausgespielt werden. Zudem ist es gelungen, in der Richtlinie den Zuständigkeitsbereich des Europäischen Betriebsrats unmissverständlich festzuschreiben, um zum Beispiel ein Ausbooten des Europäischen Betriebsrats wie beim Fall Nokia künftig auszuschließen.

Noch im September, also gleich nach meiner Mandatsübernahme besuchte mich eine Delegation der Raiffeisenhauptgenossenschaft Nord AG (HaGe) im Europäischen Parlament. Otto Kamerichs, Vorstandsvorsitzender der HaGe überreichte mir über 3.000 Unterschriften zur Pestizidverordnung. Im Dezember folgte er zusammen mit dem Präsidenten des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes Werner Schwarz meiner Einladung nach Brüssel. Die dort geführten Gespräche haben sich gelohnt: Schließlich wurde nun eine Pestizidverordnung auf den Weg gebracht, die beide Seiten schützt, Verbraucher und Umwelt.

WAHLKREISARBEIT:

Für das kommende Frühjahr plane ich drei Informationsveranstaltungen:

- An der Westküste eine Veranstaltung zum „Arbeitsmarkt im Grenzland“.
- Am 6. März eine Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz zum sozialen Europa mit meiner Fraktionskollegin und Sozialexpertin Karin Jöns aus Bremen.
- Eine Veranstaltung zum Ländlichen Raum mit Till Backhaus, Landwirtschaftsminister aus Mecklenburg-Vorpommern.

Mehr Informationen über die EU und meine Tätigkeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments findet Ihr auf meiner Website www.ulrike-rodust.eu

Europabüro Ulrike Rodust

Kleiner Kuhberg 28-30

24103 Kiel

Tel. 0431 – 90 60 6-22, Fax 0431 – 90 60 6-41

info@ulrike-rodust.eu

Anzeige

Sound & Light Service GmbH

**Ihr Partner für
Live-Veranstaltungen**

**DIE
PROFIS**



Eine gelungene Veranstaltung erfordert mehr als eine detaillierte Lichtplanung und erstklassige Tonqualität.

**Wir sind auch für
die SPD im Einsatz!**

S.L.S.
Sound & Light Service GmbH

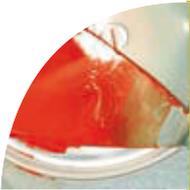
Sound & Light Service GmbH · An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg
Tel: 04102-475 90 · Fax: 04102-475 93 · www.sound-light-service.de

FÜR IHRE DRUCKREIFEN IDEEN...



DRUCKVORSTUFE

Nur wenn die Basis stimmt,
kann das Ergebnis überzeugen.



DRUCK

Das Wissen um die Möglichkeiten.



WEITER- VERARBEITUNG

Was immer Sie wollen,
wir setzen es um.

LAGER & LOGISTIK

Auf den richtigen Zeitpunkt kommt es an



DRÄGER
WULLENWEVER
PRINT+MEDIA

Dräger+Wullenwever
print+media GmbH & Co. KG
Grapengießerstr. 30 · 23556 Lübeck
Fon 04 51 / 8 79 88 - 0
Fax 04 51 / 8 79 88 34/66/92
E-Mail info@draeger-wullenwever.de
Web www.draeger-wullenwever.de



SPD Landesverband Schleswig-Holstein, Postfach 4092-2400 Kiel // www.werwuerfelt.de/Christian_Koenig

Alle drei beitragsfrei !

**Eltern entlasten:
KiTa-Gebühren ganz
abschaffen!**



Sozial. Gerecht.
Vor Ort.

www.spd-sh.de